Mittag-Ausgabe.

Annoncen-Annahme-Bureaus. In Posen außer in der Expedition dieser Zeitung (Wilhelmstr. 17) bei C. H. Ulrici & Co. Breitestraße 14, in Gnesen bei Th. Spindler, in Grätz bei L. Streisand, in Meseritz bei Ph. Matthias.

Posener Zeitung.

Dreiundachtzigster Jahrgang.

Annoncen-Annahme-Bureaus. In Berlin, Breslau, Dresden, Frankfurt a. M., Hamburg, Leipzig, München, Stettin, Stuttgart, Wien: bei G. L. Daube & Co., Haasenstein & Vogler, Rudolph Mosse. In Berlin, Dresden, Görlitz beim „Invalidendank".

Nr. 806.

Das Abonnement auf dieses täglich drei Mal erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 4½ Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 45 Pf. Bestellungen nehmen alle Postanstalten des deutschen Reiches an.

Dienstag, 16. November.

Inserate 20 Pf. die sechsgespaltene Petitzeile oder deren Raum, Reklamen verhältnißmäßig höher, sind an die Expedition zu senden und werden für die am folgenden Tage Morgens 7 Uhr erscheinende Nummer bis 5 Uhr Nachmittags angenommen.

1880.

Berichtigung.

Der Leitartikel „Die neue Kreisordnung" in Nr. 805 unseres Blattes enthält einen sinnentstellenden Druckfehler. Im drittletzten Absatz, Zeile 2, ist zu lesen: „Ernennungsrecht" statt „Erinnerungsrecht".

Amtliches.

Berlin, 15. Nov. Der König hat geruht: dem Bankier Anton Reverchon zu Trier den Charakter als Kommerzienrath zu verleihen.

Der Intendantur-Sekretär Bebert von der Intendantur IV. Armee-Korps ist zum Geheimen expedirenden Sekretär und Kalkulator im Kriegsministerium ernannt worden.

Dem Regierungs-Assessor Kunicke zu Königsberg ist die Stelle eines Mitgliedes der dortigen Provinzial-Steuerdirektion verliehen worden.

Dem Lehrer an der königlichen Berg-Akademie zu Clausthal, Ingenieur O. Hoppe, ist das Prädikat Professor beigelegt worden.

Dem Seminardirektor Dr. Flügel ist das Direktorat des Schullehrer-Seminars in Fulda, Regierungsbezirk Kassel, verliehen worden.

Versetzt sind: der Amtsgerichtsrath Göring in Glogau als Landgerichtsrath an das Landgericht in Hirschberg, der Amtsgerichtsrath Pniower in Breslau an das Amtsgericht I. in Berlin, der Amtsgerichtsrath Wilde in Lublinitz an das Amtsgericht in Glogau, der Amtsrichter Becker in Ragnit an das Amtsgericht in Langensalza, der Amtsrichter Schlemm in Burgdorf an das Amtsgericht in Medingen, der Amtsrichter Bogatsch in Namslau an das Amtsgericht in Oppeln und der Amtsrichter Huckemann in Aken an das Amtsgericht in Bleicherode. In die Liste der Rechtsanwälte sind eingetragen: der Rechtsanwalt Chop in Erfurt bei dem Ober-Landesgericht in Naumburg a./S., der Rechtsanwalt Neuhaus in Elberfeld bei dem Amtsgericht in Elberfeld und der Kammer für Handelssachen in Barmen, der Gerichts-Assessor Fisch bei dem Amtsgericht in Tecklenburg und der Gerichts-Assessor Hünerbein bei dem Amtsgericht und dem Landgericht in Elberfeld. Der Notar Rühl in Waxweiler ist in den Amtsgerichtsbezirk Grevenbroich, im Landgerichtsbezirk Düsseldorf, mit Anweisung seines Wohnsitzes in Jüchen versetzt. Dem Notar Schrage in Thorn ist die nachgesuchte Dienstentlassung ertheilt. Der Landgerichts-Direktor Neuhof in Wiesbaden ist gestorben.

Der Regierungs-Baumeister Friedrich Eckhardt zu Montjoie (Regierungsbezirk Aachen) ist als königlicher Kreis-Bauinspektor daselbst angestellt worden.

Vom Landtage.

10. Sitzung des Abgeordnetenhauses.

Berlin, 15. November, 11½ Uhr. Am Ministertisch Bitter, Lucius, v. Puttkamer und Maybach mit zahlreichen Kommissarien. Der Abg. Graf Schmising-Kerssenbrock (Koblenz) ist am 13. d. M. in seiner Heimath gestorben. Das Haus ehrt sein Andenken in der üblichen Weise.

Eingegangen sind der Nachweis über die Verwendung der in dem Etat der Eisenbahnverwaltung für 1879–80 eingestellten Dispositionsfonds von 900,000 M. für unvorhergesehene Ausgaben, die Berichte über die Ergebnisse des Betriebes der Staatseisenbahnen und die Bauausführungen in der Eisenbahnverwaltung während des Etatsjahres 1879–80, endlich die Nachweisung der auf Grund des Gesetzes vom 22. April 1875 im Rechnungsjahr 1879–80 eingestellten Leistungen aus Staatsmitteln für römisch-katholische Bisthümer und Geistliche.

Die erste Berathung des **Etats** und des **Antrags Richter** wird fortgesetzt.

Abg. **Frhr. v. Huene** (Zentrum): Nach den interessanten Reichstagsdebatten in diesem Hause ist es eigentlich etwas gewagt, die Verhandlungen im engen Anschlusse an den preußischen Etat weiter zu führen. (Heiterkeit.) Es befand sich bei den Gefechten zwischen Rechts und Links das Zentrum in einer angenehmen Lage. Der Hauptgrund des steigenden Mißverhältnisses zwischen Einnahmen und Ausgaben ist im Ordinarium zu suchen, eine Ansicht, die ich schon im vorigen Jahre ausgesprochen habe. Auch der jetzige Etat zeigt eine Vermehrung der Ausgaben, namentlich bezüglich der Beamten. Diese Beamtenvermehrungen treten theils sporadisch, theils in größeren Gruppen auf. Unsere großen Neuorganisationen sind stets von dem Mißgeschick begleitet, dem Lande neue erhebliche Opfer aufzuerlegen, weil man sie dazu benutzt, seit Jahren aufgesammelte Wünsche in räumlicher, wie personeller Hinsicht zum Ausdruck zu bringen. Eine Besserung wird in dieser Beziehung erst eintreten, wenn die Staatsregierung strenger als bisher die einzelnen Ressorts beaufsichtigt. Schon im vorigen Jahre wies ich auf das stete Anwachsen des Kultusetats hin. Hinter keinem Spezialetat stehen die Kommunalsteuern mehr hinter diesem, und wenn der Abg. Rickert eine noch größere Fürsorge, namentlich für die Schulen, wünscht, so ist eine noch weitere Heranziehung der Gemeinden unmöglich. (Zustimmung rechts.) Beispielsweise sind in Oberschlesien zwischen kleinen Hütten kleine Schulpaläste. Auf dem Gebiet der Kirche stehen auch für uns Katholiken hinter dem Kultusetat noch ganz immense Kosten. Wir meinen, daß der Staat in erster Linie die Interessen der Geistlichen, der eigentlichen Erzieher des Volkes, unter seinen Schutz nehmen müsse und erst in zweiter Linie die der Lehrer. Das katholische Volk wird seine Geistlichen nicht im Stiche lassen. (Beifall im Zentrum.) Die Frage der berechtigten Ansprüche der Lehrer scheint zu einem neuen Agitationsmittel gemacht zu sein. Um Ersparnisse im Kultusetat herbeizuführen, muß vor Allem der Kulturkampf beendigt werden. Die Herren, die so mühsam nach Gelegenheiten suchen, Abstriche zu machen, kann ich diesen Weg nur dringend empfehlen. (Heiterkeit links.) Auch der Justizetat weist eine große Vermehrung der Ausgaben auf. In den letzten Jahren haben sich dieselben um mehr als 14 Millionen vermehrt. Ein großer Betrag der Mehrkosten fällt auf die in Folge der Justizreorganisation nothwendig gewordenen Neubauten; weiter ist die Erhebung der Gerichtskosten, die allerdings beim Etat der indirekten Steuern vereinnahmt werden, bedeutend vertheuert worden. Dazu kommen die Mehrkosten für die Verwaltung des Hinterlegungsfonds. Die Einnahmen betr. muß die Regierung ziffermäßig ihre Hoffnungen für die Zukunft darlegen. Bezüglich der Eisenbahnen bin ich der Meister als Ueberzeugung ausgesprochen, daß die Verstaatlichung der Eisenbahnen zum Heil des Vaterlandes gereichen werde. Unserer Ansicht nach wird die Eisenbahnpolitik nicht zum Heil des Vaterlandes gereichen. Man hat in der offiziösen Presse die Eisenbahnpolitik als eine Konsequenz der Zollpolitik dargestellt und uns in dieser Beziehung Inkonsequenz vorgeworfen; wir hatten auch in der Eisenbahnpolitik Bedenken. Wir protestiren dagegen. Wir haben die Zollpolitik im Reichstag nicht um der Heeresfolge willen unterstützt, sondern weil dieselbe einen Theil des Programms erfüllte, das wir schon früher aufgestellt hatten. Im Interesse unserer Finanzen kann ich es nicht billigen, daß ein sehr erheblicher Theil der Staatseinnahmen auf eine so schwankende Basis gestützt wird. Was den Steuererlaß betrifft, so steht die formelle Berechtigung der Regierung zu demselben allerdings zweifellos fest. Unerwartet kam er uns nicht. Materiell unterliegt der Erlaß meines Erachtens großen Bedenken. Ich bin mit der Ansicht des Ministers über das Extraordinarium nicht einverstanden. Solange noch ein Extraordinarium vorhanden ist, das in alljährlich wiederkehrenden Positionen besteht –, muß dasselbe am besten aus den laufenden Einnahmen gedeckt werden. Mit der vom Abg. Richter befürworteten Bevorzugung der Gebäudesteuer vor der Grundsteuer bin ich nicht einverstanden. Meiner Ueberzeugung nach werden wir vielmehr einen gerechten Steuererlaß, eine gerechte Ermäßigung erst dann erreichen, wenn wir nach dem unmittelbaren Erlaß an direkten Steuern für die einzelnen Steuerzahler auch eine Ueberweisung der Grund- und Gebäudesteuer an die Kommunalverbände erlangen. Wir werden bei einzelnen Einnahmepositionen diesbezügliche Anträge stellen. Den Dank des Hauses glaube ich mir dadurch erworben zu haben, daß ich den „armen Mann" nicht in die Debatte gezogen habe. (Sehr wahr.) Wir im Zentrum haben es nicht nöthig, unser Interesse für das Volk noch zu betonen. Wir suchen, wenn es sich um Entlastung des Volkes handelt, alle Interessen in gleicher Weise zu befriedigen, sofern eine gesunde Finanzpolitik damit vereinbar ist. (Beifall im Zentrum.)

Abg. **v. Minnigerode**: Die Herren vom Zentrum haben sich bei dieser Gelegenheit sehr gemäßigt und entgegenkommend geäußert. Hält dies an, so werden alle Parteien auf dem Gebiete der Erleichterung der Kommunen durch Ueberweisung eines Theils der bekanuten Steuern und durch die Erleichterung der untersten Klassensteuerstufen, vorwärts zu kommen vermögen. — Bezüglich der Bemerkungen des Abg. Rickert hat der Abg. von Heyden schon Gelegenheit genommen, Mißverständnissen betreffs des früheren Ministers von Camphausen vorzubeugen. Wir kämpfen niemals mit Personen, sondern mit Sachen. Nach meiner Auffassung hat die Milliardenzeit auf die Finanzirung des Herrn Finanzministers Camphausen nicht unwesentlich zurückgewirkt. Ich erinnere nur an die Ausgabesteigerung im Kultusetat von 70 Millionen. Es war ferner auch der Reflex des Milliardensegens und kein gesunder, — daß man unsere preußischen Staatseinnahmen um 35 Millionen jährlich laufender Quellen durch Streichung einfach verkürzt hat. (Hört, hört! rechts.) Der damalige Finanzminister Hobrecht belegte dies damals als Kritik seines Vorgängers ziffermäßig. Jedenfalls aber hat sich die Börse in der Aera Camphausen und der Milliardenzeit sehr wohl gefühlt. (Sehr richtig! recht.) Gerade die Grundlinie, die wir heute verfolgt haben, habe ich schon angedeutet, ich habe ausdrücklich erklärt: „Gegenüber dem großen Einnahmebedürfniß des Reiches scheue ich nicht davor zurück, auch in Form einer Einkommensteuer zu versuchen, das Bedürfniß zu decken." Versetzen Sie sich mitten in den liberalen Strom zurück, der von indirekten Steuern nichts wissen wollte; und ich habe damals ausdrücklich hinzugesetzt, daß ich hoffe, durch die loyale Behandlung aus allen Parteien dieses Hauses werde es sich ergeben, daß man nicht auf dem Wege der direkten, sondern der indirekten Steuern das Ziel erreichen wird. Der Abg. Rickert hat gesagt: „Alle Jahre mehr Beamte, trotzdem die Herren von der Rechten behaupten, ihre Reform der Selbstverwaltung werde Ersparnisse herbeiführen." Wir haben diese Reform der Selbstverwaltung in diesem engen Sinne nie für uns in Anspruch genommen, vielweniger behauptet, daß diese Reform wesentliche Ersparnisse herbeiführen werde (Sehr wahr! rechts), vielmehr gerade dabei hervorgehoben: „Viel Neues, aber auch viel Theures!" (Sehr richtig! rechts.) Der Abg. Rickert hat in Bezug auf Ein- und Ausfuhr mit Zahlen argumentirt, aber nicht die Verzehrungs-Gegenstände in Halbfabrikate berücksichtigt und ist so zu Zahlen gekommen, von denen keiner weiß, ob sie Zahlen oder Massen bedeuten. Dann hat der Abg. Rickert von dem bekannten armen Lehrer gesprochen, der mit 56 Dienstjahren und 300 M. Pension jetzt auf Forstarbeit geht. In einer persönlichen Bemerkung hat Herr Rickert das zwar rektifizirt, aber in dem Bericht heißt es ausdrücklich: „Aus der Reihe der persönlichen Bemerkungen heben wir nur die des Abg. von Heyden hervor" u. s. w. Natürlich, das war Wasser auf Ihre Mühle, Wasser für den Minister Camphausen. Es ist also über die Rede des Abg. Rickert in der Richtung berichtet worden, daß kein Wort zurückgenommen ist, sie geht in die Welt mit dem armen Lehrer, der noch mit 300 M. Pension unverdrossen und ruhig in der Forst weiter arbeitet. (Heiterkeit.) Ich brauche dies als Beispiel, will aber weder den Abg. Rickert noch die „Nationalzeitung" anklagen; aber das Beispiel ist typisch: oft ist es ebenso. (Sehr wahr! rechts.) Abg. Rickert hat auch von der „schönen Wirthschaft" gesprochen, die sich in den Kreistagen entwickeln werde, wenn sie erst in diesem Segen schwelgen. Es ist ja wohl in diesem Augenblick streitig, ob Rickert demselben Kreistage noch weiter angehören wird.

Ziemlich auf gleicher Höhe stand die Aeußerung des Abgeordneten Richter, als er vom Kreise Niederbarnim und seinen bekannten „Skatchausseen" sprach. Er und die Herren von der Fortschrittspartei werden auf diesen Skatchausseen nicht fahren. (Heiterkeit. Abg. Richter: Das soll ein Witz sein!) M. H., es ist kein Witz, es ist nach meiner Ansicht Wahrheit.

In Bezug auf den Abg. Richter verwahre ich mich zunächst gegen die großen Ziffern, die Hunderte von Millionen, die er vorgebracht hat, wodurch der Hörer im Lande erschreckt werden soll. Es ist doch wesentlich, zu wissen, wozu sie aufgebracht sind, und da sind die bereits bewilligten Millionen und die hoffentlich noch bewilligt werden in erster Linie mit für das Reich, von dem Rest sind nur ⅝ für Preußen disponibel und mit diesen ⅝ für die Gegenwart und Zukunft haben wir es zu thun und nicht mit den Hunderten von Millionen, mit denen der Abg. Richter im preußischen Abgeordnetenhause debütirt hat. Die zweite wesentlichste Frage, der unbequemste Punkt für die Herren ist: wie werden die Hunderte von Millionen aufgebracht? Nach meiner und der Auffassung des größten Theiles des Hauses ist z. B. die Mahl- und Schlachtsteuer viel bequemer aufgebracht worden, als die direkten Steuerzuschläge, die Sie an die Stelle gesetzt haben. (Sehr richtig! rechts.) Die Frage nacht dem Wie der Aufbringung bei so großen Summen ist also berechtig. Die Beispiele von Frankreich und Nordmerika sind glänzend genug, um einen Anhalt auf diesem Gebiet zu gewähren, und die Auswanderung, die wir alle gewiß beklagen, die aber doch in mancher Beziehung mit dem althistorischen germanischen Wanderfieber zusammenhängt, spricht für unsere indirekten Steuern, auf Grund deren Nordamerika, das Hauptziel der Auswanderung, in seinen Finanzen blüht. Auf Grund **Ihrer** Logik, — Sie sagen: adoptiren wir das indirekte Steuersystem Nordamerikas, vielleicht wird dann der Auswanderungsstrom rückgängig.

Ich komme nun zum Steuererlaß von 14 Millionen. Die Regierung ist hierbei korrekt verfahren. Sie ist zu dem Ueberschußgesetz gedrängt worden und nachdem es einmal da ist, muß sie so vorgehen. Ich habe mich gewundert, daß der frühere Finanzminister, der mit der königl. Verordnung und Verheißung in der Hand vor das Haus getreten ist, jetzt als Mitglied des Hauses die größten Bedenken trägt, dieser Ordre und ihren Konsequenzen Folge zu geben. In dem vorliegenden Etat liegt ein ausgesprochener und naturgemäßer Fortschritt gegen den des Jahres 1879/80. Da hatten wir extraordinäre Einnahmen aus dem Verkauf der preußischen Staatsdruckerei und aus dem Ueberschusse der Vorjahre 3,800,000 Mk. In diesem Jahre haben wir solche Extraeinnahmen nicht. Damals hatten wir ein Extraordinarium von 58 Millionen und machten eine Anleihe von 67 Millionen, wir brauchen also noch 9 Millionen Anleihe, um überhaupt ein Ordinarium zu balanciren, während wir jetzt 9 Millionen laufende Einnahmen für das Extraordinarium disponibel haben. Und das Jahr 1879–80 glänzt außerdem mit dem bekannten Defizit von 5 Millionen, das eigentlich im Ordinarium 18 Millionen beträgt und im Vergleich zu unserem jetzigen Etat 27 Millionen, um die in den regelmäßig fließenden Einnahmen der neue Etat besser steht als der vorige; es ist ein Fortschritt gemacht. (Sehr wahr!) Dem Abg. Rickert widerstrebt der Steuererlaß, er scheint ihm unsympathisch zu sein. Vor einem Jahre sprachen Sie sich, obwohl das Defizit vorlag, für einen Steuererlaß aus, sehr bezeichnend für die altpreußische Finanzpolitik des Abg. Rickert. Das sind die Puritaner in Finanzsachen die uns immer Inkonsequenz vorwerfen. Der Abg. Richter sagt, wir wären in einer Zwangslage, gegen unseren Widerspruch wären 8 Millionen mehr eingestellt und nun müßten wir die Konsequenzen tragen. Ganz richtig! Doch wenn Sie die 8 Millionen aus dem Reiche geholt haben, dann verlangen wir jetzt 14 Millionen.

Als eine wundervolle Wirthschaft im Reichstage wird die Ersparniß von 80 Millionen an Matrikularbeiträgen geschildert. Aber wie sind sie erspart? Es sind Abstriche von einem Jahr auf's andere gemacht und oft sind sie im folgenden Jahre bewilligt worden, nachdem sie früher abgelehnt worden. Und wie viel Reichsvermögen ist dazu hergegeben worden! Wir betrachten auch den Steuererlaß von 14 Millionen als eine demonstrative Maßregel (Hört! links), als Wegweiser, und wir haben guten Grund, das ganze Verhältniß mit gutem Gewissen zu unterstützen, denn wir haben eben das Vertrauen zu unseren Freunden im Reichstag, das, was an ihnen ist, einzusetzen, um zu verwirklichen, was wir hier anbahnen. (Sehr gut! rechts.) Man wird auch unsere Intentionen für die Zukunft verstehen. Der Abg. Richter hat von der Steuertrommel gesprochen, die am Ministertisch gerührt wird; er hat die Werbetrommel vergessen, die durch alle Provinzen geht, daß beinahe das Kalbfell platzt. (Heiterkeit.)

Der Abg. Richter bewegt sich in Widersprüchen mit dem bisherigen Verhalten der Fortschrittspartei; sonst immer kritisch, jetzt auf ein Mal positiv, aber auch nur positiv in der Negation, im Erlaß und zwar einer Sache, für deren Ersatz Sie im Reichstage doch nicht gesorgt haben, in Widerspruch aber auch mit Ihrer ganzen Haltung in Steuersachen; die Linke wenigstens hat den Werth der direkten Steuern, jetzt wollen Sie durch ein Gesetz nachhaltig erklären: auf diese direkten Steuern verzichten wir! Es steht aber auch im Widerspruch mit dem Verwendungsgesetz. Das Verwendungsgesetz besteht und ist für uns maßgebend. Wo ist denn die Grund- und Gebäudesteuer geblieben? Ausdrücklich sagt das Gesetz: „die Ueberweisung soll stattfinden und zum Erlaß von Klassen- und Einkommensteuer verwandt werden, so weit darüber nicht mit Zustimmung der Landesvertretung behufs Deckung von Staatsausgaben oder behufs der Ueberweisung eines Theils der Grund- und Gebäudesteuer an die Kommunalverbände bereits Verfügung getroffen worden ist." Sie machen vorweg den Klassensteuererlaß und erlassen die Gebäudesteuer nicht. Der Landmann versteht das nicht. (Sehr richtig! rechts.) — Ich wende mich jetzt zu der Steuerreform für Preußen, speziell betreffs der direkten Steuern. Vor Allem dürfen wir uns nur freuen, wenn die Frage der Klassensteuer wieder in Fluß kommt und die Kontingentirung auf diese Weise verschwinden wird. Diese Kontingentirung ist geradezu ein Prokrustesbett und erstickt die natürlich fließende Quelle. Wir verschließen uns nicht, bei dieser Reform der Einkommensteuer auch die Quelle des Einkommens mehr zu zergliedern. Dabei wird man den berechtigten Klagen der Beamten gerecht werden können, indem man ihr Gehalt mit einem anderen prozentualen Satz belegt. Ich widerstrebe auch nicht einer stärkeren Heranziehung des großen Geldkapitals. Die Gewerbesteuer soll auch beachtet werden in der Richtung der Erleichterung der kleinen Handwerker und der stärkeren Heranziehung des großen Gewerbebetriebs. Bezüglich der Verwendung neuer Ueberschüsse aus dem Reich und unserer Stellung dazu, so ist die Situation ganz ähnlich, wie bei den Vorgängen, die dem Erlaß des Verwendungsgesetzes vorangingen. Besonders danke ich der Regierung, daß hier erklärt ist, wie in Vereinbarung mit den deutschen Finanzministern man sich darüber einigte, alle neuen Quellen, die zunächst zum Reiche fließen, auch unmittelbar den Einzelstaaten und ihrem Bedürfniß zugänglich zu machen. Dies ist der große Erfolg der koburger Vereinigung. Es handelt sich im Gegensatz zu dem Abg. Richter nicht allein um neue Steuern, sondern auch vor Allem, um alte positiv zu beseitigen. Wenn es sich darum handelt, welche Summe muß flüssig gemacht werden, um für Preußen bestimmte Bedürfnisse zu decken, so fragt es sich zunächst, zu welchen Bedürfnissen bekennen wir uns? Einmal zur Beseitigung der untersten Steuerstufen und daneben die Ueberweisung der halben Grund- und Gebäudesteuer und zwar nicht in die Taschen der einzelnen Steuergeber, sondern zu Gunsten der Gesammtheit. Ueberweisung an die Kommunen soll stattfinden oder an die bestehenden Kommunalverbände. Meine Herren, ich würde es nicht wünschen, daß es zu Gunsten des Großgrundbesitzes geschehe, wir würden sonst zu englischen Zuständen kommen, wo der Großgrundbesitz in einer Hand vereinigt ist. Dagegen wünscht gerade der Abg. Richter bei der Gebäudesteuer Vertheilung an die Einzelnen. Ich stehe im direkten Gegensatz zu diesen Bestrebungen. Er hat sogar nicht 4, sondern 3 Prozent als Geschenk an die Einzelnen gewollt. Nehmen Sie mittlere Verhältnisse, da ist die Hälfte vielleicht ⅔ des ganzen Kreiskommunalbudgets die Gebäudesteuer.

Können wir uns denn die Staatswirthschaft von der Kommunalwirthschaft so sehr getrennt denken? Sie greifen in einander über. Der Staat hat den Kommunen vielfach staatliche Aufgaben übergeben, er muß sie auch aus seinem Beutel unterstützen. Was der Abg. Rickert über den Kommunalhaushalt und über seine Steuerleistungen gesagt hat, verstehe ich nicht, er kann doch von einem Gütchen von 400 Morgen nicht 444 Mark Steuern zahlen! (Abg. Rickert: Warum haben Sie denn nicht besser zugehört?) Wir haben all die alten Angriffe wieder gehört. Unsere Ernte ist im Allgemeinen eine gute Mittelernte gewesen, aber der Weltmarkt bestimmt die hohen Roggen- und Weizenpreise. Höhere Löhne haben wir nicht versprochen, sondern nur die große Arbeitslosigkeit bekämpfen wollen. In Elbing wurde mir, als ich kandidirte, zugegeben, daß es nicht allein auf das billige Brot ankomme; als unsere Väter in den 20er und 30er Jahren billiges Brot hatten, da hungerten sie. Der Nothstand von 1867 war nur deshalb so drückend, weil es den Arbeitern an Verdienst fehlte, womit sie die hohen Lebensmittelpreise erschwingen konnten. Wenn bei uns auch über Freihandel und Schutzzoll gestritten wird, so sind wir doch einig darin, die Finanzpolitik der Regierung zu unterstützen und an dem gegenwärtigen Zoll-System nicht zu rütteln. Im Uebrigen ist System in der Sache. Was wird Alles vorgebracht von Herrn Richter, das Mädchen aus der Fremde! Das Mädchen sucht nach Unzufriedenheit, es ist kühn, es stellt sich an die Spitze der Unzufriedenen, es wird zur Jungfrau von Orleans und führt sie zur Schlacht. (Gelächter links, Rufe: Oh, Oh!) Ich weiß nicht, ob Sie noch Oh! Oh! rufen werden, wenn ich sage, ich warne Sie vor diesem Styl der Jungfrau! Sie behaupten, wir arbeiteten mit unserer Zollpolitik der Sozialdemokratie in die Hände, mit Ihrer Unzufriedenheit werden Sie dieselbe auch nicht bekämpfen, und Sie sind nicht sicher ob nicht über kurz oder lang auf Ihre Tendenzen hin der Jungfrau von Orleans von der Seite her ein rothes Hemd über den Harnisch geworfen wird; dann ist das Ding fertig. (Gelächter links.) Wenn dieses Bild erst verstanden (?) ist, wird es auch begriffen werden; ich will hoffen, daß es sich nicht verwirklicht. Meine Herren, man kann scherzhaft sein und verdammt ernsthaft dabei. Ich setze voraus, daß die 14 Millionen Mark sich durch die laufenden Steuerquellen auch in Zukunft decken lassen, daß die 17 Millionen, die der Militäretat mehr fordert, auch aus den steigenden Einnahmen der bestehenden Zölle gedeckt werden. Ich kann auch nicht einsehen, warum beim Militär erspart werden könnte; Sie (zum Fortschritt) sind allerdings die Partei der ehrsamen Bürgerwehr, damit hätten Sie 1870 viel Glück haben können. Es handelt sich also in Preußen um ein Bedürfniß von ca. 40 Millionen Mark, und das auf das Reich übertragen, würde ein Bedürfniß von 75—80 Millionen an neuen Steuern repräsentiren. Wir sind für eine prozentuale Börsensteuer, wir sind auch für die Biersteuer und wollen uns auch einer höheren Besteuerung des Branntweins nicht entziehen. Man hat der Regierung vorgeworfen, sie habe versprochen, die neuen Steuern ohne jede anderweitige Verwendung lediglich zu Ermäßigungen der direkten Steuern zu verwenden. Die „Provinzial-Korrespondenz" vom 3. Juli 1878 erklärt ausdrücklich, die neuen Steuern sollten dazu helfen, „die naturgemäße und unvermeidliche Steigerung der Ausgaben im Haushalte des Reiches und der einzelnen Staaten zu decken ohne Steigerung der weit drückenderen direkten Steuern". Das ist doch deutlich genug. Vor Kurzem hat in Berlin ein Delegirtentag der Fortschrittspartei stattgefunden und da wurde eine Resolution angenommen, in welcher es heißt: „Die Volksvertretung muß mit Entschiedenheit darauf dringen, daß aus dem Ertrage jener bereits bewilligten 130 Millionen Mark neuer Steuern alle jene Erlasse an direkten Steuern bewerkstelligt werden, welche vor ihrer Bewilligung insbesondere auch vom Fürsten Bismarck auf das Feierlichste versprochen worden sind und jetzt unter Entbindung von dem gegebenen Versprechen von der Bewilligung einer zweiten großen Rate neuer Steuern abhängig gemacht werden soll." Glauben die Herren in der That, daß es möglich gewesen wäre, alle die ins Auge gefaßten Erleichterungen von den 130 Millionen zu erfüllen? Und wenn es weiter heißt: „unter Entbindung von dem gegebenen Versprechen" wem werfen Sie den Wortbruch vor? Ich bitte um Ihre Antwort! Sie sind persönlich dabei betheiligt, denn ein Mitglied dieses Hauses hat den Vorsitz geführt und ich nehme an, daß Mitglieder seiner Fraktion dabei anwesend gewesen sind. Wem werfen Sie den Wortbruch vor? — Schweigen! (Heiterkeit rechts.) — Dieses Schweigen bedeutet Schweigen über Sie! (Beifall rechts. Abg. Richter: Ich schweige, weil ich zwei Stunden geredet habe.) Man hat der konservativen Partei sonst immer vorgeworfen, sie sei das stagnirende Element, sie bestehe aus geborenen Dunkelmännern und Ignoranten. (Links: Sehr wahr! Heiterkeit.) Nun meine Herren, ich will meine Partei nicht gegen jeden Vorwurf vertheidigen, sie ist in der That stagnirend gewesen, aber sie ist jetzt zur Reformpartei geworden. (Abg. Richter: Nach rückwärts!) Wenn wir nicht den „Fortschritt" auf unsere Fahne geschrieben haben, so liegt das darin, daß dieses Wort bei manchen Leuten in Mißkredit gebracht worden ist. Ein bekannter Führer der Linken hat vor der letzten Wahlkampagne die Parole ausgegeben: Zurück auf die Schanzen, zur Vertheidigung in die Defensive! Fragen Sie unsern siegreichen Strategen: die Offensive ist die Sache des Erfolgs! (Beifall.) Wir beantragen, die Etats der direkten und indirekten Steuern, der allgemeinen Finanzverwaltung, der Eisenbahnverwaltung und des gesammten Extraordinariums sowie das Etatsgesetz und den Antrag Richter an die Budgetkommission zu überweisen. (Beifall rechts!)

Minister für Landwirthschaft Dr. Lucius: Die Etatsvoranschläge in den meiner Verwaltung unterstehenden Staatsbetrieben sind angefochten worden, und zum Theil kann es zweifelhaft sein, ob dies nicht mit Recht geschehen ist. Der Etat für 1879/80 veranschlagte den Erlös aus den Holzverkäufen auf 45,200,000 Mk., während die Einnahme in Wirklichkeit nur 41,865,000 Mk. ergab. Wenn trotzdem der neue Etat diesen Posten auf 44,346,000 Mk. veranschlagt, so ist dies auf die Erträge des laufenden Jahres begründet, die bis zum Ende September schon die Summe von 43,644,919 Mk. ergaben, so daß ein Ueberschreiten des Voranschlages mit Bestimmtheit zu erwarten ist. Diesem Aufschwung in den Holzpreisen liegt zum Theil der lange Winter des letzten Jahres zu Grunde, aber auch der Holzhandel zeigt einen gewissen Aufschwung, den ich nicht den Holzzöllen zuschreiben will, sondern der auf einem erhöhten Bedarf Englands an Holz beruht. Aus dem Nachweise über die Neuverpachtung von Domänenvorwerken hat man auf einen Niedergang der Landwirthschaft schließen wollen. Es ist zweifellos, daß die Landwirthschaft sich in einer großen und langen Krisis befunden hat; allein die vorliegende Nachweisung giebt kein anderes Bild von den gegenwärtigen Verhältnissen, als in den früheren Jahren. Wir haben zu beklagen, daß in einer Anzahl von Fällen die Leute sich über ihr Vermögen hinaus gesteigert haben. Dem kann aber die Regierung nicht entgegentreten, sonst müßte sie von dem Prinzipe der jetzigen Ausbietungsweise abgehen. Es würde eine Erschütterung der wirthschaftlichen Moralität sein, wenn man in solchen Fällen der Uebereilung unzeitige Milde walten lassen wollte; jeder Pächter muß sich seiner eigenen Verantwortlichkeit bewußt sein, wenn er ein solches Geschäft abschließt. In 17 Fällen hat ein Mehrgebot stattgefunden, in 17 Fällen ein Mindergebot, aber die Gesammtsumme der Erlöse weist eine Steigerung der Einnahmen um 45,000 M. jährlich nach. Daß stetig eine Steigerung der Einnahmen aus den Domänen zu erwarten steht, beweist der Umstand, daß die Nettoerträge der Domänen pro Hektar sich in den letzten 30 Jahren von 13 auf 39 M. gesteigert, also verdreifacht haben. (Hört! links.) Wir haben also keinen Anlaß zu Befürchtungen, daß die Etatsansätze nicht erreicht werden. Es ist mit Recht darauf hingewiesen worden, daß es sich nicht um höhere Löhne bei der Wirthschaftspolitik handelte, sondern darum, ob überhaupt Löhne noch verdient werden können; ich muß erklären, daß eine Besserung des landwirthschaftlichen Gewerbes vorliegt. Was für die Landwirthschaft noch zu wünschen übrig bleibe, liege auf dem Gebiete der Steuerreform, und da glaube ich mit dem Abg. v. Minnigerode, daß die Landwirthschaft keine Ursache haben wird, sich über die Steuerreform zu beklagen, sondern vielmehr die Regierung dabei zu unterstützen. Daß die Frage der Erhöhung der Branntweinsteuer mit in Berathung gezogen ist, bestätige ich; Sie dürfen aber gewiß sein, daß diese Frage ernst und gründlich geprüft werden wird, wie sie es verdient. Wenn man einmal durch den Uebergang zur Fabrikatsteuer dem Staate höhere Erträge zuführen konnte, könnte man nicht zweifelhaft sein. Bis jetzt sind aber alle Versuche, die Fabrikatsteuer einzuführen, gescheitert an dem Mangel richtiger Kontrolapparate; deshalb hat Oesterreich diese Besteuerung aufgegeben. Die Landwirthschaft hat sich an die Maischraumsteuer so sehr gewöhnt. Baiern hat dieses System noch vor Kurzem erst eingeführt. Deshalb ist eine Aenderung desselben nicht so leicht. Jedenfalls wird es am besten sein, den Spiritus dann zu besteuern, wenn er in den Konsum übergeht. (Sehr richtig! rechts.) Man hat ferner den Getreidezoll und die diesjährige Ernte in die Debatte gezogen. Die Ermittelung der Ernteerträge ist abgeschlossen, insofern die Berichte der landwirthschaftlichen Vereine vorliegen. Zu meiner Genugthuung kann ich konstatiren, daß die Befürchtungen einer Mißernte nicht zutreffen, sondern daß eine Mittelernte nicht nur erreicht, sondern theilweise überschritten ist! Ein Manko ist in der Roggenernte vorhanden, aber nur in einzelnen Regierungsbezirken. Die jetzigen hohen Roggenpreise erklären sich sehr einfach aus den schlechten Ernteerträgen des Jahres 1879, sie sind nicht bedingt durch die neue Wirthschaftspolitik oder die Getreidezölle. Die Preissteigerung ist eingetreten trotz der wesentlich höheren Roggeneinfuhr, weil wir das Defizit vom Vorjahre gehabt und die Mißernte in Rußland den Roggenimport vermindert hat. Für den heimischen Konsum ist die Preissteigerung insofern indifferent, als der hohe Prozentsatz der ländlichen Bevölkerung, der sich auf 60 Prozent beläuft, den Roggen in natura erntet, für diese Leute ist die Preissteigerung eine imaginäre. Für den Mittel- und Großgrundbesitz dagegen bringt dieselbe eine Besserung ihrer finanziellen Verhältnisse. Die Kartoffelernte ist noch nicht ganz beendet; bei günstigen Witterungsverhältnissen hätte sie eine sehr günstige sein können. Ueberhaupt sind nur in den Regierungsbezirken Marienwerder, Potsdam, Berlin, Frankfurt a. O., Liegnitz, Bromberg, Münster und Köln weniger Kartoffeln geerntet worden, sonst überall mehr. Ein Nothstand liegt deshalb nicht vor, wenigstens nicht in höherem Maße als in jedem Jahre in einzelnen Landestheilen der Monarchie. Die Regierung hat den Steuererlaß vorgeschlagen; sie ist damit weiter gegangen, als sie verpflichtet war und eine ganz vorsichtige Etatsbehandlung es erlaubte; es ist das gegebene Wort ein. Danach kann die Regierung wohl den Anspruch auf Glauben erheben. In einer in Erfurt gehaltenen Rede hat der Abg. Richter persönliche Insinuationen gegen mich vorgebracht, die er, glaube ich, sich scheuen würde, hier im Hause zu wiederholen. (Hört! rechts. — Widerspruch des Abg. Richter.) Ich würde auch kaum in der Lage sein, in parlamentarischer Weise zu antworten. (Beifall rechts. Widerspruch links.)

Abg. v. Benda erklärt Namens seiner Partei, daß die Entschließung derselben über die Steuererlaß-Vorlage in keinem Falle ein Engagement für seine Freunde im Reichstage in sich schließen solle. Er sei stets für eine Erhöhung der indirekten Steuern zur Vermehrung der eigenen Einnahmen des Reiches und zur Sublevation der Einzelstaaten eingetreten, glaube aber, daß durch die bereits gewährten Bewilligungen dieser Zweck vollkommen erreicht sei. Jedenfalls werde man, bevor man neue Steuern fordere, den Erfolg der früheren erst abwarten müssen. Was den Steuererlaß betreffe, so glaube auch er, daß es nicht allein dem Interesse der Regierung, sondern auch dem der Landesvertretung entspreche, die Verheißungen des Verwendungsgesetzes so bald als möglich zu verwirklichen. Dennoch rechtfertige dieser Wunsch es nicht, Steuererlasse aus Anleihen zu gewähren. Es sei früher stets der Grundsatz geltend gewesen, aus den laufenden Einnahmen nicht bloß das Ordinarium der Ausgaben, sondern auch denjenigen Theil des Extraordinariums zu decken, welcher außerordentliche, aber wiederkehrende Ausgaben enthält. Wenn der vorliegende Etat nun von dem Extraordinarium nur 9 Millionen aus laufenden Einnahmen, 30 Millionen aber durch eine Anleihe decken wolle, so müsse dieses Verhältniß auf den ersten Anblick große Bedenken erregen; ein endgültiges Urtheil über die Berechtigung dieser Vertheilung werde sich aber erst auf Grund einer genauen kommissarischen Prüfung abgeben lassen. Mit Rücksicht auf den Wunsch, den verheißenen Steuererlaß so bald als möglich zu gewähren, würde er es für zulässig halten, den Antrag der Regierung anzunehmen, wenn auch nur mit einiger Sicherheit nachgewiesen wäre, daß die Herstellung des Gleichgewichts im Etat in der nächsten Zeit zu erwarten sei. Alles, was der Minister in dieser Beziehung beigebracht habe, sei aber über allgemeine Behauptungen nicht hinausgekommen. Allerdings treffe dieser Vorwurf die Gegner des Ministers in ganz gleicher Weise. Wenn dieselben sich bemüht hätten, die günstigen Wirkungen des neuen Zolltarifs unbedingt zu leugnen, so sei doch zu erwägen, daß die Zeit noch viel zu kurz sei, um die Wirkung der Zollgesetzgebung beurtheilen zu können. Schon der Abg. Meyer habe erwähnt, daß einzelne Handelskammern sich in günstigem, andere in ungünstigem Sinne über die Erfolge der neuen Wirthschaftspolitik geäußert haben. Betrachte man den Abschluß des Etatsjahres 1879/80, so sei derselbe herzlich schlecht; dagegen weise das erste Semester des laufenden Etatsjahres einen wesentlichen Fortschritt sowohl im Forstetat als im Bergwerks- und im Eisenbahnetat nach. Auch die Einwände, welche von Seiten der Abgg. Rickert und Richter mit Bezug auf die unzureichende Dotirung der Erneuerungsfonds erhoben worden sind, bedürfen einer sehr vorsichtigen Beurtheilung. Schon die bestimmten Angaben des Eisenbahnministers haben dies bewiesen. Auch in früheren Jahren tauchte ein ähnlicher Vorwurf gegen die Regierung auf, der jedoch bei sorgfältiger Prüfung in der Budgetkommission sich als völlig unbegründet herausstellte. Das Haus möge also auch diesmal der Budgetkommission vertrauensvoll die Prüfung überlassen. Der Antrag des Abg. Richter sei jedenfalls verfrüht, denn er setze nicht blos die Wahrscheinlichkeit, sondern die Gewißheit einer wirthschaftlichen Besserung voraus. Die Hoffnung, daß eine solche Zwangslage zu einer Herabminderung der Militär-Ausgaben nöthigen würde, halte er für sehr unbegründet. Trotz der heftigen Angriffe der Abgg. Richter und Rickert müsse er erklären, daß die Grundlagen der preußischen Finanzverwaltung noch unerschüttert ständen. Auch er bedauere freilich den Mangel an Stetigkeit und die beständige Unruhe in unserer Finanzwirthschaft, zum großen Theile trage aber die leidenschaftliche Agitation gegen die Zollgesetzgebung die Schuld hieran. Aus den vorangegangenen lebhaften Debatten werde die Budgetkommission Veranlassung nehmen, mit doppeltem Fleiß, Eifer und Gewissenhaftigkeit an die ihr übertragene Arbeit zu gehen. (Beifall.)

Abg. Hobrecht: Ich kann auf die Provokation des Herrn von Minnigerode nicht schweigen. Ich scheue mich nicht, das was ich für recht halte, hier überall offen auszusprechen, und so erkläre ich denn, daß, wenn ich mich an die Stelle des Herrn Finanzministers versetze, ich die Verantwortung für diesen Steuererlaß nicht würde übernommen haben. (Hört, hört! links.) Ich gestehe, daß ich am allerwenigsten erwartet hatte, daß eine solche Gesinnung gerade in der konservativen Partei auf Widerspruch stoßen würde. Ich glaubte, gerade in der konservativen Partei müßte die Auffassung bestehen, daß aus finanzwirthschaftlichen Rücksichten der Erlaß nicht gerechtfertigt ist, eine Begründung desselben habe ich auch von Herrn v. Minnigerode nicht gehört. Ich habe nur gehört, daß er es als ein Signal, ein Trompetensignal vertheidigte. Ja, das ist der Erlaß, als ein solcher läßt er sich vertheidigen; ich kann den Erlaß nur als ein Wahlsignal ansehen. Herr von Minnigerode hat auch auf die konservativen Wahlerfolge hingewiesen. Es ist sehr richtig, Sie sind auf die Zahl 107 gekommen, ja, meine Herren, Sie kommen auf die Weise vielleicht noch auf die „goldene 110". (Große Heiterkeit.) Das ist aber nur mit dem Mittel öffentlicher Signale und auf dem Wege öffentlicher Reklame zu erreichen. (Zustimmung links.) Ich habe die Empfindung, daß es nicht Ihre alte konservative Standarte ist, unter der Sie zu Ihrem Ziele gekommen sind. (Zustimmung links.) Man könnte den Steuererlaß auf zwei Weisen begründen; einmal durch die Mehreinnahmen aus dem Reiche, zweitens durch die steigenden Einnahmen und die Besserung der wirthschaftlichen Verhältnisse in Preußen. Daß momentan der Staatshaushalt die Mittel nicht bietet, darüber brauche ich kein Wort zu sagen. Es ist nun richtig, daß die Mehreinnahmen, die wir aus dem Reich zu erwarten haben, in einigen Jahren ein Gleichgewicht in den Einnahmen und Ausgaben herbeiführen werden. Die Erträge der Zölle belaufen sich präsumtiv auf 100 Millionen Mehreinnahmen, worauf sich die hier oft erwähnte Ziffer 130 gründet, weiß ich nicht. Von dieser Summe müssen nun aber die eigenen Bedürfnisse des Reichs bestritten werden, dazu werden die Einnahmen aus den Zöllen mit 106 Millionen und die für das Reich reservirten 24 Millionen gehören. Dieser Betrag entspricht ja auch dem, der nachher im Reichstage für die Steigerung des Militäretats in Anspruch genommen wurde. Alles in Allem wird dann ein Betrag von über 70 Millionen aus den schon jetzt bewilligten Zöllen und Steuern des Reiches mehr als bisher zu erwarten sein. Nun ist im nächsten Etat ein Betrag von 34 Millionen als Summe der Ueberschüsse des Reiches für Preußen in Aussicht genommen, demnach müßte das Reich einen Ueberschuß von 50 Millionen über die 130 haben. Um wie viel kann dieser Betrag noch gesteigert werden? Doch nur um so viel, als aus den bisherigen Bewilligungen zu erwarten ist; das sind für das Reich 20 Millionen, von denen dann auf Preußen 16 Millionen fallen würden. Hätten wir diese Summe wirklich schon in diesen Etat eingestellt, so hätten wir doch noch nicht die Mittel zum Steuererlaß, wir müßten dann immer noch statt 30 Millionen 14 Millionen als Anleihe aufnehmen. Die zu erwartenden Mehreinnahmen aus dem Reiche bieten also keinen Grund für einen Steuererlaß. Der zweite angeführte Grund ist die Steigerung in den eigenen Einnahmen Preußens. Ich möchte am allerwenigsten bestreiten, daß solche Mehreinnahmen eintreten werden, der Etat zeigt sie aber noch nicht. Daher ist es von streng wirthschaftlichem Gesichtspunkt aus nicht vorsichtig, den Erlaß zu bewilligen; nur der kann ihm zustimmen, der bereit ist, noch mehr neue Reichssteuern zu bewilligen. Diese Bedenken habe ich gegen den Steuererlaß. Sind denn nun Versprechungen gemacht, die erfüllt werden müssen? Ich bin dem Herrn v. Minnigerode dankbar für seine Citate aus der „Provinzial-Korrespondenz", und rufe Ihr Zeugniß an, daß ich stets der Auffassung entgegengetreten bin, daß die Mehrbewilligungen nur zu Steuererleichterungen gebraucht werden könnten. In Bezug auf die angekündigten neuen Steuern glaube ich auch heute noch, daß dringende Veranlassung vorliegt, die Einnahmequelle aus den indirekten Steuern stärker fließen zu lassen. Sowohl im Reich, wie in den Einzelstaaten sind Bedürfnisse zu decken, die steigende Anforderungen stellen. Ich bin überzeugt, daß man der Belastung des Volkes durch direkte Steuern ein Ziel setzen muß, ich beanspruche aber auch das Recht, die Vorbedingungen und Grenzen einer solchen Verschiebung zu vertheidigen, wie ich es als Minister gethan habe, und ohne diese Vorbedingungen die Reform abzulehnen. Ob ich die angekündigte Vorlage also annehme oder ablehne, kann ich erst beurtheilen, wenn sie vorliegt. Das aber kann ich heute schon sagen: ich fürchte, es wird schwer sein, auf diesem Wege zu einem befriedigenden Ziele zu gelangen. Wenn wir hier ein Gesetz zu Stande bringen sollen, welches bestimmt, daß jeder Pfennig neuer Reichssteuern zum Erlaß eines Pfennigs direkter Steuern verwendet werden soll — nebenbei ein sehr unvorsichtiges Gesetz — so gebe ich zu, daß nach einer Richtung hin die Zweifel und Bedenken beseitigt werden. Der Reichstag ist außer Stande, über eine ihm vorgelegte Reichssteuer ein gewissenhaftes Urtheil abzugeben, ohne zugleich zu prüfen, ob die Art der Verwendung seiner Ueberzeugung nach auch die richtige sei; aber auch wir sind zu derselben Prüfung genöthigt. Es ist kein Einziger in diesem Hause, der die Ermäßigung unserer direkten Steuern für so unerbittlich hält, um fast jede beliebige Reichssteuer in den Kauf zu nehmen. Die Schwierigkeit besteht nach wie vor darin, daß zwei Körperschaften über die einzelnen Theile desselben Werkes selbständig und unabhängig von einander beschließen sollen und keine Mittel haben, zusammenzukommen und sich zu verständigen. Die Lösung der Schwierigkeiten liegt darin, daß innerhalb der Regierung ein und dieselbe verantwortliche Person dem Reichstage wie dem Landtage gegenübersteht, ein und dieselbe Person, die lebendig an den Verhandlungen beider Körperschaften theilnimmt (Sehr richtig!), die aber auch in der Lage ist, mit der verfassungsmäßigen Macht eine zustimmende oder ablehnende Erklärung so abgeben zu können, daß man weiß, sie ist verbindlich und wirksam, eine Person, die so ganz den Gegenstand beherrscht, daß sie Besorgnisse zerstreuen und Fragen, die an sie gerichtet werden, beantworten kann. Ich will die Homogenität des Ministeriums nicht bezweifeln; aber wir können doch dem Reichskanzler nicht zumuthen, daß er neben seinen vielen anderen Aufgaben auch diese schwere Funktion noch hinzunehmen soll. Wir haben auch kein Recht dazu, eine Verfassungsänderung dahin zu verlangen, daß ein selbständiger, verantwortlicher Reichsfinanzminister dem Reichstage gegenübertrete, der natürlich zugleich preußischer Finanzminister sein müßte. Ich weiß nicht, ob es möglich wäre, für diesen besonderen Zweck eine solche Stellung vorübergehend zu schaffen. Aber soll das Werk gründlich und befriedigend gelingen, ist etwas derartiges nöthig; ohne eine solche Verbindung befinden wir uns auf einer schwankenden, unsicheren Basis, wir können die Wirkung unserer Beschlüsse nicht mit voller Klarheit übersehen; wir sind gedrängt und getrieben, diplomatische Wahrscheinlichkeitsberechnungen anzustellen und das politische Leben der Nation wird durch die Fortdauer dieses unsicheren Zustandes geschädigt. (Beifall.)

Finanzminister Bitter: Der Vorredner wird wohl mir und der Regierung die Gerechtigkeit widerfahren lassen, daß wir dieselben Bedenken, die er ausgesprochen hat, uns auch vergegenwärtigt haben; und wenn dennoch die Regierung zu dem Entschluß gekommen ist, diesen Erlaß vorzuschlagen, so darf er sich überzeugt halten, daß die Regierung die Verantwortlichkeit nicht blos für den Vorschlag, sondern auch dafür, daß derselbe dauernd werden wird, tragen wird. Der Herr Vorredner hat erklärt, er habe von diesem Platze aus wiederholt und bestimmt darauf aufmerksam gemacht, daß die Erträge der Reichssteuern, soweit sie an Preußen gelangen, vorzugsweise im Interesse des Landes verwendet werden sollen. Wenn aber daraus gefolgert wird; daß die Regierung nunmehr gleichwohl das Recht, nicht aber auch eine gewisse Pflicht gehabt habe, mit der Steuererleichterung vorzugehen, so stehe ich auf einem anderen Standpunkt. Wenn ich in dieser Frage hätte die Ueberzeugung haben müssen, daß auf lange Jahre hinaus von Steuerermäßigungen nicht die Rede sein könne, daß vielmehr alle Ueberschüsse des Reichs in Preußen immer nur im Interesse des Landes Verwendung finden dürften, dann würde ich darauf gedrungen haben, daß in dem Gesetze und in der Resolution nach keiner Seite hin eine Steuerermäßigung in Aussicht gestellt würde. Sowie man aber so vorging, wie dies geschehen, gab man der Nation das Recht auf eine Steuerermäßigung. Ich kann dem Abg. Hobrecht nicht auf den Weg folgen, welcher die preußische Landesvertretung gewissermaßen in eine Stellung versetzt, die ohne Fühlung und Verbindung mit dem Reichstag ist. Eine große Anzahl der Mitglieder dieses Hauses sind zugleich Mitglieder des Reichstages. Wenn er verlangt, daß dieselbe Person diese Frage auch im Reichstage vertreten soll, so würde dazu vorher eine Verfassungsänderung nöthig sein, welche ihre sehr großen Schwierigkeiten hat. Eine solche Verfassungsänderung ad hoc vorzunehmen, ist ein sehr bedenkliches Manöver. Ich kann zu einer solchen um so weniger rathen, als das Reich in seinem Reichsschatzamt seine Finanzbehörde hat. Der Reichskanzler ist auch in dieser Beziehung die verantwortliche Person.

Die Debatte wird geschlossen. Es folgt eine Reihe persönlicher Bemerkungen.

Abg. Richter: Der Minister hat mir zunächst den Vorwurf ge-

macht, daß ich seine Aeußerung vom 10. Mai 1878 unvollständig wiedergegeben habe. Ich habe dasselbe vorgelesen, was der Minister vorgelesen. Ich habe dem Minister nicht einen Widerspruch vorgehalten, sondern umgekehrt wörtlich bemerkt, daß er sich in Konsequenz und unter dem Drucke seiner damaligen Aeußerung: „Nur ein geisteskrankes Ministerium könne die Ersparnisse an Matrikularbeiträgen anders verwenden", jetzt wenigstens partiell, nachdem eine solche Ersparniß von 34 Millionen Mark eingetreten, sich zu einem Erlaß von 14 Millionen Mark verstehe. Während ich nun derart eine parlamentarische Aeußerung des Herrn Ministers zum Gegenstande einer Bemerkung mache und um dem Hause selbst ein Urtheil über das Zutreffende seiner Bemerkung zu ermöglichen, seine damalige Aeußerung wörtlich vorgelesen, hat der Herr Minister über eine von mir außerhalb des Hauses gehaltene Rede, dem Hause nicht vorliegt, — die Rede pointirte namentlich die seit 1875 vollzogene Umwandlung des Ministers vom radikalen Freihändler zum Schutzzölner — in einem wegwerfenden Urtheil an das Haus appellirt, ohne das Haus durch die geringste inhaltliche Mittheilung in den Stand zu setzen, sich über das völlig Unzutreffende seiner Bemerkung selbst ein Urtheil zu bilden. Die Gentlemens, welche mir bisher vom Ministertische oder aus dem Hause entgegengetreten sind, haben es nicht für angemessen erachtet, zu ihrer Vertheidigung ein solches der ganzen parlamentarischen Sitte widersprechendes Verfahren einschlagen.

Abg. Frhr. v. Minnigerode bedauert, durch seine Aeußerungen Herrn Abg. Hobrecht Grund zur Empfindlichkeit gegeben zu haben. Er habe nicht auf Grund einer Zeitungsnotiz etwas ausgesprochen, was später der Herr Minister bestätigt hat, nämlich seinen Widerspruch gegen die 14 Millionen. „Wenn er dann von mir und meinen Freunden gesagt hat, wir hätten es bald zur goldenen Hundertzehn gebracht, so brauche ich nur zu erklären, daß wir nicht handeln, und daß wir nur auf den Mann, nicht auf das Kleid sehen."

Minister Dr. Lucius: Ich will aber nur eine persönliche Bemerkung machen, zu der mich die letzten Aeußerungen des Abg. Richter veranlaßt haben. Er hat den zweiten Satz nicht vorgelesen, den ich heute vorgelesen habe, und in welchem ich gesagt habe, es sei unmöglich, daß der preußische Ministerpräsident das desavouire, was er als Reichskanzler befürwortet hat. Was die weiteren Ausführungen des Abg. Richter betrifft, so kann ich nur kanstatiren, daß ich ein enragirter Freihändler meines Wissens nie gewesen bin. Ich bin, wie wahrscheinlich die meisten mir gleichaltrigen Personen, in der Freihandelstheorie aufgewachsen. Auf deutschen Hochschulen gab es damals keine andere volkswirthschaftliche Theorie. In meinem parlamentarischen Wirken habe ich mich immer als Finanzzöllner bekannt und in verschiedenen Reden bemerkt, daß es sehr schwierig sei, zwischen Finanz- und Schutzzöllen zu unterscheiden, daß die meisten Finanz- in der Regel auch als Schutzzölle wirken; ich habe ausdrücklich hinzugesetzt, daß es mir wirthschaftlich durchaus nicht unangenehm wäre, wenn Finanzzölle schützend auf die heimische Industrie wirken.

Abg. Rickert: Dem Abg. v. Minnigerode erwidere ich, daß, was meine Bemerkung über meine Steuerbelastung betrifft, es sich um Kreis- und Ortskommunalsteuern handelt. Vielleicht haben Sie mich jetzt verstanden, Herr v. Minnigerode! (Heiterkeit.) Bezüglich meiner Aeußerung über die „schöne Wirthschaft" auf den Kreistagen bemerke ich, daß ich dieselbe gerade mit Rücksicht auf den Herrn v. Minnigerode sofort gegen jede Mißdeutung dahin gesichert habe, daß ich dieselbe nicht in Bezug auf die Personen, sondern bezüglich der künftigen Reform verstanden wissen wollte. Im Uebrigen muß ich dem Herrn erklären, daß es im Hause bisher nicht Sitte gewesen ist, einen Abgeordneten für parlamentarische Zeitungsberichte verantwortlich zu machen. (Sehr richtig.) Auch habe ich kein Interesse daran, die Reden des Herrn v Minnigerade der Oeffentlichkeit vorzuenthalten; sie würden mehr unserer Sache, als der seinigen dienen. (Große Heiterkeit.)

Abg. Richter: Ich habe den Zettel, wonach ich die Aeußerung des Ministers von 1878 am Freitage verlesen, noch vor mir liegen (Redner verliest die Stelle und bemerkt, daß dieselbe alles enthalte, worauf es ankommt). Nachdem der Minister selbst hier seine Beziehung zum Freihandel zur Sprache gebracht — ich selbst hätte dazu keine Veranlassung gehabt — habe ich doch zwei Thatsachen zur Beurtheilung des Herrn Lucius zu konstatiren. Erstens hat der Name des Ministers Lucius im Jahre 1870 unter einem Aufrufe für Freihandel und freihändlerische Agitationen des Herrn Prince-Smith (Unruhe) gestanden, während ich damals die Unterzeichnung dieses Aufrufes ablehnte, weil derselbe mir zu radikal freihändlerisch wäre. Zweitens hat Herr Lucius im Jahre 1875 im Reichstage — und seine damalige Rede habe ich gerade in Erfurt wörtlich verlesen — ausgeführt, daß, nachdem der Reichskanzler als sein Finanzprogramm hingestellt habe, den Zolltarif auf einige wenige Positionen der Finanzzölle zu beschränken, er es für seine Aufgabe halte, sich mit den Freihändlern in Verbindung zu setzen, um dieses Programm zur Durchführung zu bringen.

Abg. Frhr. v. Minnigerode: Ich glaube, es ist sehr verzeihlich, wenn ich wirklich Details aus der Rede des Abg. Rickert überhört habe, um so mehr, als ein Blatt, wie die „Nationalzeitung" sie auch überhört hat. Außerdem hat es mir fern gelegen, Herrn Rickert persönlich für den Inhalt von Zeitungsberichten verantwortlich zu machen.

Damit ist die erste Berathung des Etats beendigt. Ein Antrag des Abg. v. Heereman, den Kultusetat im Ordinarium der Budgetkommission zur Vorberathung zu überweisen, wird abgelehnt, dagegen der Antrag v. Minnigerode angenommen.

Nachdem darauf der Gesetzentwurf, betreffend die Deckung von Ausgaben der Rechnungsjahre 1878/79 und 1879/80, auf Antrag von Minnigerode's der Budgetkommission überwiesen worden, schließt die Sitzung.

Nächste Sitzung: Mittwoch 12 Uhr. (Interpellationen von Cuny betr. die Gerichtskosten, Gesetzentwürfe betr. die Rentenbanken und die gemeinschaftlichen Holzungen.)

Briefe und Zeitungsberichte.

C. **Berlin**, 15. November. [Schluß der Etatsdebatte. Der Richter'sche Antrag.] Der heutige dritte Tag der Etatsdebatte war der schwächste; nur Episoden waren heute geeignet, Interesse zu erregen. Dahin gehörte die Bemerkung des klerikalen Abg. v. Hüne: man solle den Steuer-Erlaß entweder einstimmig annehmen oder einstimmig ablehnen. Besser kann man die agitatorische Bedeutung und finanzielle Grundlosigkeit des Erlaßvorschlags nicht kennzeichnen, und dabei sprach Herr v. Hüne allen Parteien aus der Seele: alle fürchten die Verantwortlichkeit für die Zustimmung zu dem Vorschlage, möchten dieselbe daher möglichst vertheilen; und alle würden die Unpopularität der Ablehnung nur übernehmen, wenn es in sehr großer Gesellschaft, also ohne erhebliche Gefahr geschehen kann. Ein verfehlter Versuch, sich aus der Affaire zu ziehen, war es, wenn der Minister Lucius die Angriffe des Abg. Richter auf die Regierung ignoriren zu wollen erklärte, weil es solche seien, die „kein Gentleman beantworten kann". Auch wer kein Freund des Abg. Richter ist, muß bezeugen, daß der letztere, wie scharf seine Angriffe auf die Minister auch waren, zu einem derartigen Ausfall keinen Anlaß gegeben hat. Der konservative Präsident und die Rechte hätten sie sonst auch kaum passiren lassen. Ein verfehltes Auftreten war zum Schluß auch noch das des Exfinanzministers Hobrecht gegen den Steuererlaß in der Rolle als Finanzautorität. Herr Hobrecht hat sich während seiner Amtsführung so wenig als solche Autorität erwiesen, daß er auch in der Opposition nicht dafür gelten kann. Es ist unseres Erachtens bedenklich, daß manche Liberale ihn jetzt als finanzielle Kapazität ausspielen wollen: sie können dadurch nur Herrn Bitter ein Relief geben; als Finanzmänner sind der vorige und der jetzige Finanzminister durchaus aus demselben Holze. — Der Richter'sche Antrag, den Steuer-Erlaß auf die Dauer zu beschließen, wird wahrscheinlich abgelehnt werden, vermuthlich sogar gegen die Stimmen nur der Fortschrittspartei, nachdem die Regierung sein Schicksal lediglich dem Hause anheimgestellt hat. Trotz der mehr feinen, als überzeugenden Distinktion, wonach der Erlaß gerade darum auf die Dauer zulässig sein soll, weil er es für das bevorstehende Etatsjahr nicht sei, wird die Wirkung des Antrags allem Anschein nach nur die sein, dem Regierungsvorschlage Vorspann geleistet zu haben: es ist ein gar zu naturgemäßer Schluß, daß ein Erlaß, den der Finanzpolitiker der äußersten Linken sogar auf die Dauer für statthaft erklärt, es mindestens für ein Jahr sein müsse.

Telegraphische Nachrichten.

Frankfurt a. M., 15. November. Se. K. K. Hoheit der Kronprinz und die Frau Kronprinzessin trafen heute Vormittag 10 Uhr, von Wiesbaden kommend, inkognito hier ein, besuchten die Kunstgewerbeschule, die permanente Ausstellung des Mitteldeutschen Kunstgewerbevereins und die Kunstsammlung des Herrn Joseph Milani. Nachmittags kehrten die hohen Herrschaften wieder nach Wiesbaden zurück.

Breslau, 15. November. Ein im „Sprechsaal" der gestrigen „Schlesischen Presse" abgedruckter und Generallieutenant v. Wulffen unterzeichneter Brief gegen die Juden als „Race" wird authentisch als eine Mystifikation bezeichnet.

Eisenach, 14. November. Die heute hier eröffnete Versammlung von Delegirten deutscher Gewerbekammern wurde von Below (Bremen) begrüßt. Zu der Versammlung sind von Gewerbekammern in Bremen, Chemnitz, Dresden, Hamburg, Leipzig, Lübeck, Ludwigshafen, München, Nürnberg, Sonneberg, Stuttgart, Weimar und Zittau Delegirte entsendet. In das Präsidium wurden Below (Bremen) und Dr. Brehmer (Lübeck) gewählt.

Eisenach, 15. November. In der heutigen Versammlung von Delegirten deutscher Gewerbekammern wurde eine Resolution angenommen, welche sich für den Beschluß des Reichstages vom 5. Mai d. J. betreffend die Bildung von Innungen und den Zweck derselben ausspricht.

Eisenach, 15. November. Die Versammlung von Delegirten deutscher Gewerbekammern nahm ferner die Resolution, betreffend das fakultative Verbot der Haltung von Lehrlingen für nicht gewerbsmäßig gebildete Lehrmeister nach den Beschlüssen des Reichstags vom 5. Mai d. J. mit einigen Modifikationen an.

Eisenach, 15. November. Die Versammlung von Delegirten deutscher Gewerbekammern nahm im Verlaufe der Verhandlung einen Antrag auf Errichtung von Gewerbekammern in allen deutschen Staaten an; für Preußen soll eine Gewerbe-Abtheilung innerhalb der Handelskammern errichtet werden. Sodann wurde für den Volkswirthschaftsrath die Vertretung des Gewerbes beantragt.

Galatz, 15. November. Die Donaukommission hält heute ihre erste Sitzung ab; alle Delegirte der Großmächte sind anwesend. Die Frage in Betreff der gemischten Kommission gelangt spätestens in 14 Tagen zur Verhandlung, nachdem an die Delegirten Serbiens und Bulgariens die Aufforderung zur Theilnahme an den Berathungen ergangen ist.

Rom, 15. November. Der König und die Königin sind heute hierher zurückgekehrt und von den Ministern und den Spitzen der Behörden empfangen worden. — Ein Urtheil des Appellgerichts bestätigt, daß die Güter der Kongregation der Propaganda veräußerlich seien.

Rom, 15. Novbr. Der Deputirtenkammer sind die diplomatischen Schriftstücke betreffend die Berliner Konferenz über die griechisch-türkische Frage und betreffend die Madrider Konferenz über das Protektorat von Marokko vorgelegt worden. Dem „Diritto" zufolge wird der Finanzminister Magliani heute in der Kammer einen Gesetzentwurf betreffend die Herstellung der Metallgeldzirkulation einbringen, die Dringlichkeit für die Berathung verlangen und die Ernennung einer Spezialkommission zur Prüfung des Entwurfes beantragen.

London, 15. November. Nach einer Mittheilung der „Daily News" würde Gladstone demnächst Lord Derby in Knowsley einen Besuch abstatten.

London, 15. November. Aus Teheran wird gemeldet, die Kurden in der Umgegend der Stadt Soojbulagh hätten sich unterworfen und der Kurdenführer Hamzeh Agha wäre unweit Urumiah in Gefangenschaft gerathen. Taimur Pascha soll eine Position des Scheik Obeidullah bei Urumiah genommen haben, worauf der letztere 15 Meilen zurückgegangen sei.

Petersburg, 15. Novbr. Der bereits mitgetheilte Urtheilsspruch des hiesigen Militärkreisgerichts ist von dem zeitweiligen Kommandanten der Truppen des Petersburger Militärdistrikts, General Kostanda, mit einigen Milderungen bestätigt worden. Der Kaiser hat bei dreien von den fünf zum Tode verurtheilten Angeklagten, nämlich bei Schiriajew, Tichonow und Okladsky, die Todesstrafe in lebenslängliche Zwangsarbeit umgewandelt.

Verantwortlicher Redakteur: H. Bauer in Posen. —
Für den Inhalt der folgenden Mittheilungen und Inserate übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Telegraphische Börsenberichte.

Fonds-Course.

Frankfurt a. M., 15. Novber. (Schluß-Course.) Schwächer.
Lond. Wechsel 20,357. Pariser do. 80,55. Wiener do. 172,10. K.-M. St.-A. 147⅜. Rheinische do. 158⅝. Hess. Ludwigsb. 96⅛. K.-M.-Pr.-Anth. 131¾. Reichsanl. 100. Reichsbank 146¾. Darmstb. 151¾. Meininger B. 94⅞. Oest.-ung. Bk. 704,00. Kreditaktien*) 242½. Silberrente 62⅝. Papierrente 62¼. Goldrente 74¾. Ung. Goldrente 92⅛. 1860er Loose 121¾. 1864er Loose 309,00. Ung. Staatsl. 216,20. do. Ostb.-Obl. II. 83⅞. Böhm. Westbahn 206½. Elisabethb. 174. Nordwestb. 153½. Galizier 234¼. Franzosen*) 237¾. Lombarden*) 75¾. Italiener —. 1877er Russen 91¾. II. Orientanl. 57. Zentr.-Pacific —. Diskonto-Kommandit —. Elbthalbahn —. Neue 4proz. Russen —.
4prozent. Obligationen der Stadt Stockholm —. Lothringer Eisenwerke —.
Nach Schluß der Börse: Kreditaktien 242¼. Franzosen 237¾, Galizier —, ungar. Goldrente 92 3/16, II. Orientanleihe —, 1860er Loose —, III. Orientanleihe —, Lombarden —, Schweizer. Zentralbahn —, Mainz-Ludwigshafen —, 1877er Russen —, Böhm. Westb. —.
*) per medio resp. per ultimo.

Frankfurt a. M., 15. Novber. Effekten-Sozietät. Kreditaktien 242½, Franzosen 237½, Lombarden 75¼, 1860er Loose —, Galizier 234¼, österreich. Goldrente —, ungarische Goldrente 92 1/16, II. Orientanleihe —, österr. Silberrente —, Papierrente 62¼. III. Orientanl. —, 1877er Russen 91⅝. Meininger Bank —. Ziemlich fest.

Wien, 15. November. Des Leopoldtages wegen heute keine Börse.

Wien, 15. November. (Privatverkehr.) Papierrente 72,27½, Silberrente 73,30, österr. Goldrente 87,00. ungar. Goldrente 107,40, Kreditaktien 282,75, Franzosen 277,75, Galizier 271,75, Kaschau-Oderberger 129,50, Pardubitzer 139,00, Nordwestbahn 179,50, Elisabethbahn 203,00, Lemberg-Czernowitz 167,25, Kronprinz-Rudolfbahn 164,50, Franz-Josefbahn 174,00, Unionbank 110,30, Anglo-Austr. 117,25, Wiener Bankverein 145,90, Napoleons 9,37. Bahnen gesucht, übrige Werthe schwächer.

Die Einnahmen der Elisabeth-Westbahn betrugen in der Zeit vom 1. bis zum 10. November 380,139 Fl., ergaben mithin gegen dieselbe Zeit des Vorjahres eine Mindereinnahme von 81,520 Fl.

Die Einnahmen der Karl-Ludwigsbahn betrugen in der Zeit vom 1. bis zum 10. November 286,719 Fl., ergaben mithin gegen die entsprechende Zeit des Vorjahres eine Mehreinnahme von 11,592 Fl.

Wochenausweis der österreichisch-französischen Staatsbahn vom 4. bis 10. November 779,960, Mehreinnahme 117,503 Fl.

Paris, 15. Novber. (Schluß-Course.) Träge.
3 proz. amortisirb. Rente 87,20, 3proz. Rente 85,45, Anleihe de 1872 119,10, Italienische 5 proz. Rente 87,15, Oesterr. Goldrente 74⅝. Ungar. Goldrente 94, Russen de 1877 95¼, Franzosen 601,00, Lombardische Eisenbahn-Aktien 188,75, Lomb. Prioritäten 271,00. Türken de 1865 10,35, 6proz. rumänische Rente 92.
Credit mobilier 641,00, Spanier exter. 20⅝, do. inter. 19⅞, Suezkanal-Aktien —. Banque ottomane 527,00, Societe gen. 580,00, Credit foncier 1332,00, Egypter 329,00, Banque de Paris 1130,00. Banque d'escompte 812,00, Banque hypothecaire 617,00. III. Orientanleihe 57 7/16, Türkenloose 31,00 Londoner Wechsel 25,29½

Petersburg, 15. November. Wechsel auf London 24 9/32, II. Orient-Anleihe 90½. III. Orientanleihe 90⅝.

Florenz, 15. Novbr. 5 pCt. Italienische Rente 91,65, Gold 21,20.

London, 14. Novber. Consols 99 9/16, Italienische 5proz. Rente 86¼, Lombarden 7½, 3prozent. Lombarden alte —, 3prozent. do. neue —, 5proz. Russen de 1871 88½, 5proz. Russen de 1872 88, 5proz. Russen de 1873 90⅜, 5proz. Türken de 1865 10⅛, 5proz. fundirte Amerikaner 104¾, Oesterr. Silberrente —, do. Papierrente —, Ungarische Goldrente 92⅞, Oesterr. Goldrente 73¾, Spanier 21, Egypter 65¼.
Preuß. 4prozent. Consols 99⅝, 4proz. bair. Anleihe 99¾, Türken —, 1873er Russen —. Platzdiskont 2⅛ pCt.

Produkten-Course.

Köln, 15. Novber. (Getreidemarkt.) Weizen hiesiger loco 22,50, fremder loco 23,50, pr. November 22,10, pr. März 22,50. Roggen loco 22,50, pr. November 21,15, pr. März 21,05. Hafer loco 15,50. Rüböl loco 30,00, pr. Oktober —, pr. Mai 29,70.

Hamburg, 15. Novbr. (Getreidemarkt.) Weizen loko unveränd., auf Termine ruhig. Roggen loko fest, auf Termine ruhig. Weizen per November 202 Br., 201 Gd., per April-Mai 218 Br., 216 Gd. Roggen per November 206 Br., 205 Gd., per April-Mai 197 Br., 195 Gd. Hafer, Gerste unverändert. Rüböl still, loko 56, per Mai 58. Spiritus still, per November 51¼ Br., per Dezember-Januar 50¼ Br., per Januar-Februar 50¼ Br., pr. April-Mai 50 Br. Kaffee ruhig, Umsatz 2000 S. Petroleum ruhig, Standard white loko 10,10 Br., 9,80 Gd., per November 9,80 Gd., per Dezember 9,80 Gd. — Wetter: Schön.

Bremen, 15. Novbr. Petroleum. (Schlußbericht.) weich., Standard white loko 9,65 à 9,30 bez. per Dezember 9,65 à 9,30 bez., pr. Januar-März 9,70 bez.

Pest, 15. November. (Produktenmarkt.) Weizen loko feine Sorten 5—10, geringe 15 billiger, auf Termine etwas fester, pr. Frühjahr 12,27 Gd., 12,30 Br., Hafer pr. Frühjahr 6,40 Gd., 6,45 Br. Mais per Mai-Juni 6,22 Gd., 6,25 Brief. — Wetter: Sehr schon.

Paris, 15. Novber. Rohzucker 88° ruhig, loco 54,00, Raffinirter Zucker loco —. Weißer Zucker Nr. 3 per 100 Klgr. per November 61,25, Dezember 61,50, per Januar-April 62,00.

Paris, 15. November. Produktenmarkt. (Schlußbericht.) Weizen behpt., pr. Novembr. 28,25, pr. Dezember 28,00, Januar-April 28,00. pr. März-Juni 28,25. Roggen ruh., per November 23,90, per März-Juni 23,50. Mehl behpt., pr. November 59,10, pr. Dezember 58,75, pr. Januar-April 58,25, März-Juni 58,30. Rüböl fest, per November 74,00, per Dezember 75,00, pr. Januar-April 76,50, Mai-August —. Spiritus fest, per November 60,00, per Dezember 60,00, per Januar-April 60,00, Mai-August 59,50. — Wetter: Veränderl.

London, 15. Novber. Havannazucker Nr. 12 23½.

London, 15. Nov. An der Küste angeboten 14 Weizenladungen.

London, 15. November. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Sämmtliche Getreidearten fest, aber ruhig. Bohnen 1 sh. theurer. Wetter: Kälter.

London, 15. November. Die Getreidezufuhren betrugen in der Woche vom 6. bis zum 12. November: Englischer Weizen 4121, fremder 60,289, engl. Gerste 3848, fremde 7800, engl. Malzgerste 18,586, engl. Hafer 920, fremder 55,084 Qrtrs. Englisches Mehl 22,784, fremdes 22,300 Sack und 12,278 Faß.

Antwerpen, 15. Nov. Petroleummarkt. (Schlußbericht.) Raffinirtes, Type weiß, loko 25 bez., 25 Br., per Dezember 24¼ bez., 24¾ Br., per Januar-März 24¼ bez., 24¼ Br. Weichend.

Antwerpen, 15. Novber. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Weizen ruhig. Roggen fest. Hafer behauptet. Gerste unverändert.

Petersburg, 15. Novber Produktenmarkt. Talg loco 54,00, per August 58,00. Weizen loko 19,00. Roggen loko 15,00. Hafer loko 6,25, Talg loko —,—. Hanf loko 32,00. Leinsaat (9 Pud) loko 17,75. — Wetter: Frost.

Newyork, 12. Nov. Baumwollen-Wochenbericht. Zufuhren in allen Unionshäfen 216,000 B. Ausfuhr nach Großbritannien 76,000 B. Ausfuhr nach dem Kontinent 34,000. Vorrath 774,000 B.

Newyork, 13. November. Waarenbericht. Baumwolle in Newyork 10 5/16. do. in New-Orleans 10¾. Petroleum in Newyork 11 Gd., do. in Philadelphia 12 Gd., rohes Petroleum 6¾, do. Pipe line Certificats — D. 88 C. Mehl 4 D. 60 C. Rother Winterweizen 1 D 20 C. Mais (old mixed) 59 C. Zucker (Fair refining Muscovados) 7⅜. Kaffee (Rio-) 13⅛. Schmalz (Marke Wilcox) 9, do. Fairbanks 9. do. Roh- & Brothers 9. Speck (short clear) 8 C. Getreidefracht 5¼.

Produkten-Börse.

Berlin, 15. November. Wind: SW. Wetter: Milde, feucht.

Weizen per 1000 Kilo loko 183—235 M. nach Qualität gefordert., f. weißer Uckerm. — M. ab Bahn bez., gelber — — M. ab Bahn bez., weißb. Poln. — M. ab Bahn bezahlt, per November 212 bez., per Novbr.-Dez. 212—211 bez., per Dez.-Januar — bez., per April-Mai 217½—215½—216 M. bez., Mai-Juni 218½—217½ M. bez. Gekündigt 3000 Ztr. Regulirungspreis 211 M. — Roggen per 1000 Kilo loko 212—220 M. nach Qualität gef., russischer — ab Kahn bez., inländ. 213—218 M. ab Bahn bez., feiner — M. ab Bahn bez., defekt. m. stark. Ausw. — M. ab Bahn bez., per November 216 bis 214 bez., per November-Dezember 214—212½—212¾ bez., per Dezember-Januar 213—211½ bez., per Januar-Februar — bez., per April-Mai 206¾ bis 204¾—205 M. bez., Mai-Juni 202½—201—201¼ bez., per Juni-Juli 197—195½ bez. Gekündigt 6000 Ztr. Regulirungspreis 215 M. bez. — Gerste per 1000 Kilo loko 145—200 nach Qualität gefordert. — Hafer per 1000 Kilo loko 150—168 nach Qualität gefordert, russischer 150—155 bez., ost- und westpreußischer 151—156 bez., pommerscher und mecklenburgischer 155 bis 158 bez., schlesischer 152—156 bez., böhmischer 152—156 bez., per November 152 M., per November-Dezember 151½ M. bez., per April-Mai 155½—154½ bez. Gekündigt — Ztr. Regulirungspreis — bezahlt. — Erbsen per 1000 Kilo Kochwaare 195—215 M., Futterwaare 182—191 M. — Mais per 1000 Kilo loko 141—144 n. nach Qualität gef., per April-Mai — bez., per November 140—139½ M., per Dezember — M., per Januar — M. bez., rumänischer — ab Bahn bez., amerikanischer — ab B. bez. Gekündigt 7000 Ztr. 142 M. — Weizenmehl per 100 Kilo brutto 00: 31,50 bis 30,00 M., 0: 30,00—29,00 M., 0/1: 29,00 bis 28,00 M. — Roggenmehl inkl. Sack 0: 30,50 bis 29,00 M., 0/1: 29,00—28,00 M., per November 29,20—29.05 bez., per November-Dez. 29,20—29,05 bez., per Dez.-Januar 29,20—29,10 bez., per Januar-Februar 2925,—29,15 bez., per Februar-März — M. bezahlt, per April-Mai 29,25—29,15 bez., Mai-Juni — M. bezahlt. Gekündigt — Ztnr. Regulirungspreis — M. — Oelsaat per 1000 Kilo Winterraps — M. Winterrübsen — M. — Rüböl per 100 Kilo loko ohne Faß 54,5 M., flüssig — M., mit Faß 54,8 M., November 54,7 bez., per Nov.-Dez. 54,7 bez., per Dez.-Januar 54,7 bez., per Januar-Februar — bez., per Februar-März — bez., per April-Mai 57,0—56,9—57,0 bez., Mai-Juni 57,4 bez. Gekündigt — Ztr. Regulirungspreis — M. — Leinöl per 100 Kilo loko 67,0 M. — Petroleum per 100 Kilo loko 30,2 bez., Nov. 29,3—28,8 bez., per Nov.-Dezember 29,3—28,8 bez., per Dezbr.-Januar 29,3—28,8 bez., per Januar — bez., per Januar-Februar 29,4—29.0 bez., per Febr.-März — bez., per April-Mai — bez. Gekündigt. — Ztr. Regulirungspreis — M. — Spiritus per 100 Liter loko ohne Faß 58,6 bez., per November 58,1—57,9 bez., per November-Dezember 57,4—57,1 bez., per Dezember-Januar 57,4—57,1 bez., per Januar-Februar — bez., Februar-März — bez., per April-Mai 58,5—58,1 bez., per Mai-Juni 58,7—58,3 bez. Gekündigt — Liter. Regulirungspreis — M. bez. (Berl. Börs.-Ztg.)

Bromberg, 15. November 1880. [Bericht der Handelskammer.]

Weizen: hellbunt 200—210, hochbunt und glasig 210—220, abfall. Qualität 170—190 Mark — Roggen: feiner, loco inländisch. 200—206 Mk., geringer Qualität 175—195 Mark. — Gerste: feine Brauwaare 160—170 M., große 150—160 Mark, kleine 135—145 Mk. — Hafer: loco 140—150 Mark.— Erbsen: Kochwaare 180—190 M. Futterwaare 170—180 Mark — Mais: Rübsen: Raps: ohne Handel. — Spiritus höher, pro 100 Liter à 100 pCt. 56—56 25 M. — Rubelcours: 203,75 Mk.

Stettin, 15. November. (An der Börse.) Wetter: regnig + 6 Grad R. Barometer 28,7. — Wind: NW.

Weizen wenig verändert, per 1000 Kilo loko gelber 200—209 M., geringer 180—194 M., weißer 200—211 Mk., per November 212 M. bez., per Frühjahr 214 M. bez. — Roggen wenig verändert, per 1000 Kilo loko inländischer 200—210 M., Libauer Abladung 117—118 Pfd. tr. ex Schiff 201 M. Gd., Rigaer do., Rigaer 118—119 Pfd. 202 M. Gd., per November 211,5—211 M. bz. Br. u. G., per Nov.-Dezember — M. bez., per Frühjahr 204 Mk. bez. B. n. G., per Mai-Juni —. Gerste ohne Handel. Märk. und Oderbr. —. Hafer stille, per 1000 Kilo loko 140—151 M. bez. — Erbsen ohne Handel. — Mais still, per 1000 Kilo loko 144—146 M. — Winterrübsen still, per 1000 Kilo loko — M., per April-Mai 257 M. nom. — Rüböl stille, per 100 Kilo loko ohne Faß 57,3 M. bez. per November 57 M. G., November-Dez. 56,2 bz., 56,3 Br. u. G., Frühjahr 57 M. bz. 57,2 M. Br. G. Angemeldet: Nichts. Regulirungspreise: Weizen 212 M., Roggen 211 M., Rüböl 55 M., Spiritus 57 M. — Petroleum loko 11,—10,85 M. transf. bez. Regulirungspreis 10,85 M. tr.

(Ostsee-Ztg).

Berlin, 15. November. War in der vorigen Woche schon das Geschäft nach allen Richtungen hin beschränkt, so überbot der heutige Verkehr noch seine Vorgänger in Bezug auf Geschäftsentfaltung. Der Mangel an Unternehmungslust, welcher bisher in allen Geschäftszweigen sich zeigte, trat heute noch schärfer auf und kann einigermaßen als verstimmendes Moment die augenblickliche Lage des Pariser Marktes angeführt werden. Die Medio-Liquidation daselbst vollzieht sich nicht mit der Leichtigkeit, die nothwendig ist, den Börsen eine frischere, belebtere Physiognomie zu verleihen; der Bank von Frankreich wird fortgesetzt noch Gold entzogen und sieht sich daher die Bankleitung genöthigt, wählerischer in der Kreditgewährung zu sein; hieraus entspringt auch am offenen Markt jene Geldknappheit, die zu den Regulirungszeiten so besonders störend sich zeigt. Von Wien fehlten des dortigen Feiertages wegen Telegramme und Aufträge und entbehrte auch in dieser Hinsicht die hiesige Börse die ihr so nöthige Anregung. Die Umsätze blieben auf das Aeußerste beschränkt und ebenso belanglos waren durchweg die etwaigen Coursveränderungen. Selbst in den Hauptspekulationspapieren war der Verkehr von einer Geringfügigkeit, wie sie kaum für möglich gehalten werden kann. Die internationalen Spekulationseffekten konnten mit Coursen einsetzen, die sich höher a's am Sonnabend stellten, doch blieben dieselben gegen die gestrigen Notirungen immerhin etwas zurück. Nur in den österreichischen Nebenbahnen war anfänglich das Geschäft ziemlich rege, doch büßte es diesen Charakter im weiteren Verlaufe auch bald wieder ein. Bankaktien kamen meist etwas niedriger zur Notiz, blieben aber eben so wie die Industriepapiere vollständig vernachlässigt. Letztere bekundeten indeß eine festere Haltung. Inländische Eisenbahnaktien fanden wenig Beachtung. Die der Kapitalanlage dienenden Werthe wurden kaum in Verkehr gezogen. — Per Ultimo notiren: Franzosen 478 bis 477,50, Lombarden 151,50—151, Kredit-Aktien 488,70—5,50 bis 488, Darmstädter Bank 152—1,75, Diskonto-Kommandit-Antheile 176,25—175,75, Deutsche Bank 146, Dortmunder Union 81,25,—80,60 bis 81, Laurahütte 116—15,40. Der Schluß war schwach.

Fonds- u. Aktien-Börse.

Berlin, den 15 November 1880.

Preußische Fonds- und Geld-Course.

Consol. Anleihe	4½	104,80 bz
do. neue 1876	4	99,90 bz
Staats-Anleihe	4	99,90 bz
Staats-Schuldsch.	3½	98,50 bz
Od.-Deichb.-Obl.	4½	
Berl. Stadt-Obl.	4½	103,75 B
do. do.	3½	94,50 bz
Schldv. d. B. Kfm.	4½	
Pfandbriefe:		
Berliner	5	107,00 G
do.	4½	102,90 G
Landsch. Central	4	99,20 bz
Kur- u. Neumärk.	3½	94,00 bz
do. neue	3½	91,00 bz
do.	4	99,20 bz
do. neue	4½	
N. Brandbg. Kred.	4	
Ostpreußische	3½	89,10 G
do.	4	98,75 B
do.	4½	100,50 bz
Pommersche	3½	89,00 B
do.	4	98,75 bz
do.	4½	102,00 G
Posensche, neue	4	99,10 bzG
Sächsische	4	
Schlesische altl.	3½	91,40 G
do. alte A.	4½	88,50 bz
do. neue I.	4	99,90 G
Westpr. rittersch.	3½	90,50 bzG
do.	4	99,25 G
do.	4½	
do. II. Serie	5	
do. neue	4	
do.	4½	102,40 bz
Rentenbriefe:		
Kur- u. Neumärk.	4	99,80 bz
Pommersche	4	99,50 bz
Posensche	4	99,30 B
Preußische	4	99,60 B
Rhein- u. Westfäl.	4	99,75 bz
Sächsische	4	100,00 G
Schlesische	4	100,00 B
20-Frankstücke		16,17 bz
do. 500 Gr.		
Dollars		
Imperials		
do. 500 Gr.		
Engl. Banknoten		20,40 bz
do. einlösb. Leipz.		
Französ. Banknot.		80,45 G
Oesterr. Banknot.		172,60 bz
do. Silbergulden		
Russ. Noten 100 Rbl		204,75 bz

Deutsche Fonds.

Dtsch. Reichs-Anl.	4	100,00 bz
P.-A v.55 a 100 Th.	3½	148,90 bz
Hess. Prsch. a 40 Th.	—	283,50 bz
Bad. Pr.-A. v. 67.	4	132,80 bz
do. 35 fl. Oblig.	—	172,75 bzG
Bair. Präm.-Anl.	4	134,50 bzG
Braunsch. 20 thl.-L.	—	97,10 bzG
Brem. Anl. v. 1874	4	99,25 bz
Cöln-Md-Pr.-Anl.	3½	131,40 bz
Dess. St.-Pr.-Anl.	3½	126,00 G
Goth. Pr.-Pfdbr.	5	119,75 bz
do. II Abth.	5	117,90 bz
Hb. Pr.-A. v. 1866	3	185,60 bz
Lübecker Pr.-Anl.	3½	183,00 bz
Meckl. Eisenbhanl.	3½	91,30 bz
Meininger Loose	—	26,00 bzG
do. Pr.-Pfdbr.	4	123,00 bz
Oldenburger Loose	3	151,30 bzG
D.-G.-C.-B-Pf 110	5	105,90 bzG
do. do.	4½	101,50 G
Dtsch. Hypoth. unk.	5	100,70 G
do. do.	4½	101,50 G
Mein. Hyp.-Pf.	4½	101,00 G
Nrdd. Grdkr.-H.-A.	5	99,25 G
do. Hyp.-Pfdbr.	5	

Pomm. H.-B. I. 120	5	105,25 G
do. II. IV. 110	5	101,50 bz
Pomm. III. rkz. 100	5	99,25 G
Pr. B.-C.-H.-Br. rz.	5	107,00 G
do. do. 100	5	102,50 bzG
do. do. 115	4½	103,25 bzG
Pr. C.-B.-Pfdbr. kd.	4½	102,90 B
do. unk. rückz. 110	5	
do. (1872 u. 74)	4½	
do. (1872 u. 73)	5	
do. (1874)	5	
Pr. Hyp.-A.-B. 120	4½	104,00 B
do. do. 110	5	105,00 bz
Schles. Bod.-Cred.	5	103,75 B
do. do.	4½	103,75 G
Stettiner Nat.-Hyp.	5	100,50 G
do. do.	4½	100,50 G
Kruppsche Obligat.	5	107,70 bz

Ausländische Fonds.

Amerik. rckz. 1881	6	
do. do. 1885	6	
do. Bds. (fund.)	5	100,10 G
Norweger Anleihe	4½	
Newyork. Std.-Anl.	6	123,40 bz
Oesterr. Goldrente	4	74,70 bzB
do. Pap.-Rente	4½	62,10 bz
do. Silber-Rente	4½	62,90 bzB
do. 250 fl. 1854	4	
do. Cr. 100 fl. 1858	—	
do. Lott.-A. v. 1860	5	121,50 bz
do. do. v. 1864	—	310,90 bz
Ungar. Goldrente	6	92,25 bz
do. St.-Eisb.-Akt.	5	88,50 bz
do. Loose	—	215,25 bzG
do. Schatzsch. I.	6	
do. do. kleine	6	
do. do. II.	6	
Italienische Rente	5	85,90 bz
do. Tab.-Oblg.	6	
Rumänier	8	
Finnische Loose	—	49,20 bz
Russ. Centr.-Bod.	5	77,25 G
do. Engl. A. 1822	5	87,00 bz
do. do. A. v. 1862	5	
Russ. fund. A. 1870	5	
Russ. cons. A. 1871	5	88,70 bzB
do. do. 1872	5	88,70 bzB
do. do. 1873	5	88,75 bz
do. do. 1877	5	91,50 bzG
do. do. 1880	4	70,80 bz
do. Boden-Credit	5	80,30 bz
do. Pr.-A. v. 1864	5	139,80 bzB
do. do. v. 1866	5	136,60 bzG
do. 5. A. Stiegl.	5	
do. 6. do. do.	5	85,20 bz
do. Pol. Sch.-Obl.	4	
do. do. kleine	4	
Poln. Pfdbr. III. E.	5	62,20 bz
do. do.	4	
do. Liquidat.	4	54,10 bz
Türk. Anl. v. 1865	5	
do. do. v. 1869	6	
do. Loose vollgez.	3	

*) Wechsel-Course.

Amsterd. 100 fl. 8 T.	
do. 100 fl. 2 M.	
London 1 Lstr. 8 T.	
do. do. 3 M.	
Paris 100 Fr. 8 T.	
Blg. Bkpl. 100 F 3 T.	
do. do. 100 F 2 M.	
Wien öst. Währ. 8 T.	172,15 bz
Wien. öst. Währ. 2 M.	171,20 bz
Petersb. 100 R. 3 W.	203,75 bz
do. 100 R. 3 M.	201,25 bz
Warschau 100 R 8 T.	204,00 bz

*) Zinsfuß der Reichs-Bank für Wechsel 4, für Lombard 5 pCt., Bankdiskonto in Amsterdam 3, Bremen —, Brüssel 3, Frankfurt a. M. 4½, Hamburg —, Leipzig —, London 2½, Paris 3½, Petersburg 6, Wien 4 pCt.

Bank- u. Kredit-Aktien.

Badische Bank	4	106,80 G
Bk. f. Rheinl. u. Westf.	4	38,75 G
Bk. f. Sprit- u. Pr.-H.	4	48,50 bz
Berl. Handels-Ges.	4	100,90 bzG
do. Kassen-Verein.	4	170,50 bzG
Breslauer Disk.-Bk.	4	96,25 bzB
Centralbk. f. B.	4	5,00 B
Centralbk. f. J. u. H.		
Coburger Credit-B.	4	88,50 bz
Cöln. Wechslerbank	4	95,75 B
Danziger Privatb.	4	112,00 G
Darmstädter Bank	4	151,80 bz
do. Zettelbank	4	106,50 G
Dessauer Creditb.	4	83,00 bzG
do. Landesbank	4	117,00 G
Deutsche Bank	4	146,25 bz
do. Genossensch.	4	116,00 G
do. Hyp.-Bank.	4	92,75 B
do. Reichsbank.	4½	146,50 bzG
Disconto-Comm.	4	175,50 bzG
Geraer Bank	4	89,75 bz
do. Handelsb.	4	56,80 G
Gothaer Privatbk.	4	102,50 G
do. Grundkredb.	4	90,25 G
Hypothek (Hübner)	4	
Königsb. Vereinsb.	4	103,00 G
Leipziger Creditb.	4	148,50 G
do. Discontob.	4	103,40 bzG
Magdeb. Privatb.	4	112,75 bz
Meckl. Bodencred.	fr.	65,00 G
do. Hypoth.-B.	4	79,50 G
Meining. Creditbk.	4	94,50 G
do. Hypothekenbk.	4	90,60 G
Niederlausitzer Bank	4	98,75 G
Norddeutsche Bank	4	167,50 G
Nordd. Grundkredit	4	45,75 G
Oesterr. Kredit	4	
Petersb. Intern. Bk.	4	94,00 G
Posen. Landwirthsch.	4	72,00 G
Posener Prov.-Bank	4	116,00 bzG
Posener Spritaktien	4	51,50 bzG
Preuß. Bank-Anth.	4½	
do. Bodenkredit	4	94,20 bzG
do. Centralbdn.	4	136,00 B
do. Hyp.-Spielh.	4	98,30 bzG
Produkt.-Handelsbk	4	80,75 bzG
Sächsische Bank	4	119,75 G
Schaaffhaus. Bankv.	4	92,50 bzG
Schles. Bankverein	4	107,00 bzG
Südd. Bodenkredit	4	132,50 G

Industrie-Aktien.

Brauerei Patzenhof.	4	163,50 G
Dannenb. Kattun.	4	
Deutsche Baugef.	4	64,40 G
Dtsch. Eisenb.-Bau	4	4,50 bz
Dtsch. Stahl- u. Eis.	4	
Donnersmarckhütte	4	62,00 bzG
Dortmunder Union	4	11,60 G
Egells Masch.-Akt.	4	24,00 bzG
Erdmannsd. Spinn.	4	
Floras. Charlottenb.	4	
Frist u. Roßm. Näh.	4	56,25 G
Gelsenkirch.-Bergw.	4	12,00 bzG
Georg-Marienhütte	4	95,00 bz
Hibernia u. Shamr.	4	98,75 bzB
Immobilien (Berl.)	4	80,00 B
Kramsta, Leinen-F.	4	95,00 B
Lauchhammer	4	35,00 bzG
Laurahütte	4	115,60 bz
Luise Tiefb.-Bergw.	4	62,75 G
Magdeburg. Bergw	4	125,00 B
Marienhüt. Bergw.	4	71,00 bzG
Menden u. Schw. B.	4	73,25 G
Oberschl. Eis.-Bed.	4	47,00 bzG
Ostend	4	
Phönix B.-A. Lit. A	4	87,50 bzG
Phönix B.-A. Lit. B	4	47,75 G
Redenhütte conf.	4	
Rhein.-Nass. Bergw.	4	79,00 bz
Rhein.-Westf. Ind.	4	
Stobwasser Lampen	4	23,50 G
Unter den Linden	4	
Wöhlert Maschinen	4	66,75 G

Eisenbahn-Stamm-Aktien.

Aachen-Mastricht	4	30,00 bzG
Altona-Kiel	4	157,70 bzB
Bergisch-Märkische	4	116,40 bzG
Berlin-Anhalt	4	121,00 bz
Berlin-Dresden	4	19,00 bz
Berlin-Görlitz	4	20,25 bzG
Berlin-Hamburg	4	232,00 bz
Bresl.-Schw.-Frbg	4	110,00 bz
Hall.-Sorau-Guben	4	21,40 bzB
Märkisch-Posener	4	27,40 bzG
Magdeburg-Leipzig	4	
do. do. Lit. B.	4	
Nordhausen-Erfurt	4	28,25 bzB
Oberschl. Lit. A u. C.	3½	201,80 bz
do. Lit. B.	3½	166,70 bz
Ostpreuß. Südbahn	4	45,00 bzG
Rechte Oderuferb.	4	151,90 bz
Rhein-Nahebahn	4	20,70 bzG
Stargard-Posen	4½	102,40 bz
Thüringische	4	179,00 bz
do. Lit. B. v. St. gar.	4	99,25 bzG
do. Lit. C. v. St. gar.	4½	104,40 bz
Ludwigsh.-Berbach	4	202,50 G
Mainz-Ludwigsh.	4	96,50 bz
Weimar-Geraer	4½	49,90 bzG
Albrechtsbahn	5	30,90 bzG
Amsterd.-Rotterd.	4	128,50 bz
Aussig-Teplitz	4	215,10 bz
Böhm. Westbahn	5	103,00 bzG
Brest-Grajewo	5	
Dux-Bodenbach	4	87,00 bzG
Elisabeth-Westbahn	5	86,75 G
Kais. Franz Joseph	5	74,25 bz
Gal. (Karl Ludwig.)	5	117,50 bz
Gotthard-Bahn 80%	6	49,00 bz
Kaschau-Oderberg	5	55,70 bzG
Lüttich-Limburg	4	12,50 bz
Oestr.-frz. Staatsb.	5	
do. Nordw.-B.	5	308,20 bz
do. Litt. B.	5	359,00 bzB
Reichenb.-Pardubitz	4½	59,80 bzG
Kronpr. Rud.-Bahn	5	70,75 bzB
Rjask-Wyas	5	
Rumänier	3⅔	53,30 bzG
do. Certifikate	4	53,30 bzG
Russ. Staatsbahn	5	128,40 B
do. Südwestbahn	5	59,00 bz
Schweizer Unionb.	4	24,80 bz
Schweizer Westbahn	4	22,00 bzB
Südösterr. (Lomb.)	4	
Turnau-Prag	4	88,00 bzB
Warschau-Wien	4	267,50 bz

Eisenbahn-Stammprioritäten.

Berlin-Dresden	5	53,25 bzG
Berlin-Görlitzer	5	81,00 bz
Halle-Sorau-Gub.	5	96,75 bzG
Märkisch-Posen	5	102,10 bzG
Marienb.-Mlawka	5	86,75 bzG
Münster-Enschede	5	18,25 bz
Nordhausen-Erfurt	5	94,10 bz
Oberlausitzer	5	47,25 bzG
Oels-Gnesen	5	37,70 bz
Ostpreuß. Südbahn	5	92,00 bzB
Posen-Creuzburg	5	70,50 bzG
Rechte Oderuf. Bahn	5	149,10 bzG
Rumänische	5	
Saalbahn	3	
Saal-Unstrutbahn	3	
Tilsit-Insterburg	5	
Weimar-Geraer	5	34,40 bz

Staatsbahn-Aktien.

Brl.-Potsd.-Magd.	4	99,50 G
Berlin-Stettin	4½	115,00 bzG
Cöln-Minden	6	147,10 bzG
Magd.-Halberstadt	6	147,75 bz
Mgd.-Halbst. B. abg.	3½	87,80 bzG
do. B. unabg.	3½	88,10 bz
do. C. do. abg.	5	122,40 bz

Münster-Hamm	4	
Niederschl.-Märk.	4	99,30 G
Rhein. St.A. abg.	6½	158,75 bzB
do. neue 40 proc.	5	152,50 bzG
do. Lit. B. gar.	4	99,00 bzB

Eisenbahn-Prioritäts-Obligationen.

Aach.-Mastricht	4½	100,30 bz
do. do. II.	5	101,25 G
do. do. III.	5	100,70 G
Berg.-Märkische I.	4½	102,00 G
do. II.	4½	102,00 G
do. III. v. St. g.	3½	90,80 G
do. do. Litt. B.	3½	90,80 G
do. do. Litt. C.	3½	88,50 G
do. IV.	4½	102,00 G
do. V.	4½	102,20 B
do VI.	4½	103,10 G
do. VII.	4½	102,25 bz
Aachen-Düsseldf. I.	4	98,50 bz
do. do. II.	4	98,50 bz
do. do. III.	4½	
do. Düss.-Elb.-Pr.	4	99,00 G
do. do. II.	4½	
do. Dortm.-Soest	4	
do. do. II.	4½	
do. Nordb. Fr. W.	5	102,20 bz
do. Ruhr-Cr.-K.	4½	
do. do. II.	4	
do. do. III.	4½	
Berlin-Anhalt I.	4½	102,25 G
do. II.	4½	102,25 G
do. Litt. B.	4½	102,25 G
Berlin-Görlitz	4½	102,40 B
do. do. Litt. B.	4½	101,00 B
Berlin-Hamburg	4	99,25 G
do. do. II.	4½	102,50 B
do. do. III.	5	
Brl.-Ptsd.-M. A. B.	4	
do. do. C.	4	99,10 bzG
do. do. D.	4½	102,75 bz
do. do. E.	4½	101,40 B
Berlin-Stettin I.	4½	
do. do. II.	4	99,20 bzG
do. do. III.	4	99,20 bzG
do. IV. v. St. g.	4½	99,20 bzG
do. VI. do.	4	
do. VII.	4½	
Bresl.-Schw.-Freib.	4½	
do. do. Litt. G.	4½	
do. do. Litt. H.	4½	102,00 G
do. do. Litt. I.	4½	102,00 B
do. do. 1876	5	105,50 G
Cöln-Minden IV.	4	99,40 bz
do. do. V.	4	99,40 bz
do. do. VI.	4½	101,30 bzB
Halle-Sorau-Guben	4½	103,00 bzB
do. do. C.	4½	103,00 bzB
Hannov.-Altenbk. I.	4½	
do. do. II.	4½	
do. do. III.	4½	
Märkisch-Posener	4½	102,00 B
Magd.-Halberstadt	4½	101,30 B
do. do. de 1865	4½	101,30 B
do. do. de 1873	4½	101,30 B
do. Leipz. A.	4½	102,70 bz
do. do. B.	4	99,40 G
do. Wittenberge	4½	
do. do.	3	
Niederschl.-Märk. I.	4	99,90 G
do. II. a 62½ thlr.	4	
do. Obl. I. u. II.	4	99,90 G
do. do. III conv.	4	99,90 G
Oberschlesische A.	4	
Oberschlesische B.	3½	
do. C.	4	99,00 bz
do. D.	4	99,00 bz
do. E.	3½	91,40 G
do. F.	4½	102,25 G
do. G.	4½	102,25 G
do. H.	4½	102,75 bzB
do. v. 1869	4½	
do. v. 1873	4	
Oberschles. v. 1874	4½	102,10 G
Brieg-Neisse	4½	
do. Cos.-Oderb.	4	
do. do.	5	
do. Nied.-Zwgb.	3½	
do. Starg.-Pos.	4	
do. do. II.	4½	
do. do. III.	4½	
Ostpreuß. Südbahn	4½	
do. Litt. B.	4½	
do. Litt. C.	4½	
Rechte-Oder-Ufer	4½	103,40 B
Rheinische	4	
do. v. St. gar.	3½	
do. v. 1858, 60	4½	152,00 B
do. v. 1862, 64	4½	102,00 B
do. v. 1865	4½	102,00 B
do. 1869, 71, 73	4½	102,00 B
do. v. 1874, 77	4½	102,00 B
Rh.-Nahe v. St. g.	4½	101,60 G
do. II. do.	4½	101,60 G
Schlesw.-Holstein	4½	
Thüringer I.	4	
do. II.	4½	
do. III.	4	
do. IV.	4½	104,00 G
do. VI.	4½	

Ausländische Prioritäten.

Elisabeth-Westbahn	5	85,30 G
Gal. Karl-Ludwig I.	5	90,00 G
do. do. II.	5	88,00 B
do. do. III.	5	87,50 G
do. do. IV.	5	87,00 G
Lemberg-Czernow. I.	5	78,20 G
do. II.	5	81,75 bzB
do. III.	5	77,60 G
do. IV.	5	76,90 bzG
Mähr.-Schl. C.-B.	fr.	29,50 bzG
Mainz-Ludwigsh.	5½	
do. do.	3	
Oesterr.-Frz.-Stsb.	3	374,50 G
do. Ergänzsb.	3	365,00 G
Oesterr.-Frz.-Stsb.	5	103,70 bz
do. II. Em.	5	103,70 bz
Oesterr. Nordwest.	5	86,10 bz
Oest. Nrdwstb. Lit. B	5	85,50 bzG
do. Geld-Priorit.	5	
Kaschau-Oderb. gar.	5	75,00 bz
Kronpr. Rud.-Bahn	5	81,60 bzG
do. do. 1869	5	80,25 bzG
do. do. 1872	5	80,00 B
Rab-Graz Pr.-A.	4	91,40 bz
Reichenb.-Pardubitz	5	81,00 bzG
Südösterr. (Lomb.)	3	266,75 bzG
do. do. neue	3	266,60 bzG
do. do. 1875	6	
do. do. 1876	6	
do. do. 1877	6	
do. do. 1878	6	
do. do. Oblig.	5	94,50 bzG
Brest-Grajewo	5	86,20 bz
Charkow-Asow g.	5	95,80 bz
do. in Lstr. a 20 40	5	90,10 bz
Chark.-Krementsch.	5	93,90 bz
Jelez-Orel, gar.	5	95,50 bzB
Koslow-Woron. gar	5	98,40 bz
Koslow-Woron, Ob.	5	85,00 bz
Kursk-Chark. gar.	5	95,50 bz
K.-Chark-As. (Obl.)	5	85,60 bz
Kursk-Kiew, gar.	5	100,75 bzB
Losowo-Sewast.	5	81,60 bz
Mosko-Rjäsan	5	103,00 G
Mosk.-Smolensk	5	96,80 bzG
Schuja-Iwanow.	5	97,00 bzG
Warschau-Teresp.	5	96,60 bzG
do. kleine	5	96,60 bzG
Warschau-Wien II.	5	103,00 bzB
do. III.	5	102,25 G
do. IV.	5	101,10 bzG
Zarskoe-Selo	5	67,75 bz

Druck und Verlag von W. Decker u. Co. [E. Röstel.] in Posen.